



Europäische
Erinnerungskulturen



FRIEDRICH NAUMANN
FOUNDATION For Freedom.
Western Balkans

21. November 2020

OnLine-Konferenz (Dokumentation)

EUROPÄISCHE ERINNERUNGSRÄUME

Aufarbeitung der Vergangenheit
in Deutschland und Kroatien

Impressum

Redaktion:

Dušan Dinić

Michael Roick

Übersetzung:

Vesna Ivančević Ježek

Ana Dragutinović (Lebensläufe)

Ivana Antić (Lebensläufe)

Layout:

Dina Dizajn

Druck:

Manuarta

Anzahl der Kopien:

100

Herausgeber:

Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit

Westbalkan

Bulevar kneza Aleksandra Karadjordjevića 13/A8

11000 Belgrad,

Serbia

Tel.: + 381 11 3066 824

westbalkan@freiheit.org

<http://westbalkan.freiheit.org>

 @FNFWesternBalkans

 @FNFWestbalkans

YT /FreedomTVEurope

Copyright © 2020

Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

Programm	4
Vorwort	5
Grußworte	8
Wandel der Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen in Kroatien – Der Zweite Weltkrieg im Fokus / <i>Ljiljana Radonić</i>	16
Der schwierige Umgang mit der eigenen Geschichte Wandel der Erinnerungskulturen / <i>Aleksandar Jakir</i>	26
Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland / <i>Helmut König</i>	33
“Um der Menschenrechte willen ...” Aufarbeitung der Vergangenheit / <i>Roland Jahn</i>	41
Autoren	47

Programm

11.00-11.10 Herzlich willkommen!

Michael Roick, Projektleiter Westbalkan
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

11.10-11.30 Grußworte

- Manfred Richter, Mitglied des Vorstands
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
- Dr. Robert Klinke, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der
Republik Kroatien
- Marijana Puljak, Pametno, Abgeordnete des kroatischen Parlaments

11.30-12.30 Der schwierige Umgang mit der eigenen Geschichte

Wandel der Erinnerungskulturen in Deutschland und Kroatien

Kurzvorträge

- Dr. Ljiljana Radonić, Politikwissenschaftlerin und Zeitgeschichtlerin, Wien
- Prof. Dr. Aleksandar Jakir, Historiker, Split
- Prof. Dr. Helmut König, Politikwissenschaftler, Berlin
- Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Berlin

Moderation:

Sabine Adler, Deutschlandfunk, Berlin

12.30-13.15 Panel:

Vergessen–Beschweigen–Erinnern–Befreien

Analogien und Mechanismen der Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland und Kroatien

- Dr. Ljiljana Radonić, Politikwissenschaftlerin und Zeitgeschichtlerin, Wien
- Prof. Dr. Aleksandar Jakir, Historiker, Split
- Prof. Dr. Helmut König, Politikwissenschaftler, Berlin
- Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Berlin

Moderation:

Sabine Adler, Deutschlandfunk, Berlin

Vorwort

Der Historiker Marc Bloch verglich einmal die nationalen Gedächtnisse mit einem Dialog unter Schwerhörigen, bei dem jeder völlig verkehrt auf die Fragen des anderen antwortet: Eine so anschauliche wie wohl auch vielfach zutreffende Beschreibung, wenn es um die Aufarbeitung und den Vergleich nationaler Gewaltgeschichten geht.

Wer sich mit der Region Südosteuropa und speziell mit den Ländern des ehemaligen Jugoslawien beschäftigt, der macht recht schnell die Erfahrung, dass die Gewalt- und Kriegserfahrungen der jüngeren wie auch weiter zurückliegenden Geschichte in den Gedächtnissen der Völker nach wie vor stark präsent sind und bis in die Gegenwart das politische und gesellschaftliche Leben beeinflussen. Auf allen Seiten rechnen bevorzugt Nationalisten die im Krieg begangenen Verbrechen gegeneinander auf und lassen nur ihre je eigenen Opfergeschichten gelten.

Könnte aber nicht genau vor diesem Hintergrund, so wird immer wieder gefragt, das „Vergessen“ als ebenso zentrale und funktional wichtige menschliche Eigenschaft vielleicht die bessere Methode, der bessere Weg sein, um das Leben zu bewältigen und die Zukunft zu gestalten?

Die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann, Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2018 und eine der bedeutendsten europäischen Stimmen, wenn es um Fragen von geschichtlicher Aufarbeitung und Erinnerungskulturen geht, gibt auf diese Frage zunächst ausdrücklich eine zustimmende Antwort. Und sie erinnert in diesem Zusammenhang an eine Rede Winston Churchills, die er im Jahr 1946 an der Universität Zürich an die europäische Jugend gehalten hat. Darin plädiert er eindringlich und nachdrücklich **für** das Vergessen:

„Wir alle müssen den Gräueln der Vergangenheit den Rücken zuwenden. Wir müssen in die Zukunft schauen. Wir können es uns nicht leisten, in die kommenden Jahre den Hass und die Rache hineinzuziehen, die aus den Wunden der Vergangenheit entstanden sind. Wenn Europa vor endlosem Unheil und endgültigem Untergang gerettet werden soll, müssen wir es auf einen Akt des Glaubens an die europäische Familie und einen **Akt des Vergessens** aller Verbrechen und Irrtümer der Vergangenheit gründen.“¹

1 Zit. in: Aleida Assmann, Der europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte, München 2018, S. 39 (Hervorh. MR). Grundlegend zu dieser Thematik: Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020.

Diese Worte Churchills waren allerdings nicht Ausdruck eines leichtfertigen oder gar emotionslosen Umgangs mit massiver Gewaltgeschichte, im Gegenteil. Sie waren vielmehr Ausdruck eigener historischer Erfahrung, wie Kriege und erlittenes Unrecht im Nachhinein politisch abermals instrumentalisiert und für neue Gewaltideologien und –handlungen mißbraucht werden können. Und Churchill hatte hier die Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkrieges noch sehr klar vor Augen.

Die Vergangenheit vergessen, um den Weg in eine bessere Zukunft zu öffnen, kann deshalb in bestimmten Situationen - wenn auch vermutlich nie ohne Risiko - durchaus ein Mittel sein, um Konfliktparteien zueinander zu führen und miteinander auszusöhnen.

Die entscheidende Voraussetzung dafür sei allerdings, so Assmann, dass es sich um **symmetrische** Gewalthandlungen beispielsweise Kriege handelt, in denen sich zwei bewaffnete Gruppen gleichgewichtig gegenüberstanden.

Bei allen Formen einseitiger Gewalt wie Genoziden oder Massakern gegenüber der Zivilbevölkerung, sei das Vergessen kein Heilmittel mehr, sondern die Fortsetzung der traumatischen Gewalt mit anderen Mitteln. Hier führt der Weg in eine demokratisch-menschenrechtliche Zukunft nur über die Aufarbeitung eben dieser Vergangenheiten.

Anlässlich des 75. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges startete die Stiftung in der Region eine neue Veranstaltungsreihe: „Europäische Erinnerungskulturen“. Zwei Länder mit ihren spezifischen Gewalt-, Unterdrückungs- und Transformationserfahrungen standen beim Auftakt am 21. November 2020 im Mittelpunkt: „Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland und Kroatien“.

Unter der Moderation der Autorin, Journalistin und langjährigen Osteuropakorrespondentin Sabine Adler vom Deutschlandfunk diskutierten die Zeitgeschichtlerin Dr. Ljiljana Radonić (Wien), der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Helmut König (Berlin), der Historiker Prof. Dr. Aleksandar Jakir (Split) sowie der Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin, Roland Jahn. Dabei wurde wiederholt deutlich, wie vielschichtig und umfassend Erinnerungskulturen im Wandel der Zeiten und der Herrschaftssysteme jeweils zeitgenössischer politischer Beeinflussung und Manipulation ausgesetzt beziehungsweise unterworfen sind.

Erinnerung in aufklärerisch-selbstkritischer Absicht, die sowohl den Gefahren wohlfeiler Rituale wie leichter politischer Beute entgehen will, muss in jedem Fall – so die gemeinsame Auffassung der Diskussionsteilnehmer – dialogisch angelegt und von zivilgesellschaftlichem Engagement sowie unabhängiger historischer Forschung begleitet sein.

Die vorliegende Dokumentation enthält die Kurzreferate der genannten Referenten sowie die Grußworte des Vorstandsmitglieds der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Manfred Richter, des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Kroatien, Dr. Robert Klinke sowie der Abgeordneten im kroatischen Parlament und Vorsitzenden der liberalen Partei Pametno, Marijana Puljak.

Die gesamte Veranstaltung unter der Moderation der Autorin und Reporterin des Deutschlandfunks, Sabine Adler, ist unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.freiheit.org/node/23401>

*Michael Roick
Projektleiter Westbalkan*

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Grußworte

Manfred Richter, Mitglied des Vorstands
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Meine Damen und Herren,

in diesen Wochen und Monaten erinnert die Friedrich-Naumann-Stiftung in Deutschland und weltweit in zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen an die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vor 30 Jahren, die durch den Fall der Berliner Mauer und die friedlichen Revolutionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas ein Jahr zuvor möglich wurde.

Bei aller öffentlichen Euphorie und Anteilnahme waren aber auch Vorbehalte und Ängste insbesondere gegenüber einem ökonomisch erstarkten und nun wiedervereinigten Deutschland nicht zu überhören.

Diese gründeten maßgeblich in der besonderen Gewalt- und Herrschaftsgeschichte Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der neuerlich aufgeworfenen Frage, ob Deutschland aus dieser Vergangenheit wohl hinreichende Lehren und die richtigen Schlüsse gezogen habe.

Die deutsche Regierung beantwortete derlei Vorbehalte und Ängste mit einer konsequenten Politik der Einbettung in europäische Ordnungsgefüge.

In Anlehnung an Thomas Mann sollte ein „europäisches Deutschland, kein deutsches Europa“ entstehen, wie der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher es ausdrückte. Und so wurde mit der Wiedervereinigung parallel auch der Prozess der europäischen Integration beschleunigt, gab Deutschland bereitwillig Souveränitätsrechte zugunsten eines supranationalen Europas auf.

Dass die Deutschen nach zunächst vielen Jahren weitgehenden Beschweigens ihrer finsternsten Geschichte sich ernsthaft auch mit den eigenen Verbrechen kritisch auseinandergesetzt hatten und dies nun noch forcierten, verschaffte ihnen international zusätzlich Anerkennung.

Auf der anderen Seite – zumindest vereinzelt – aber auch neues Misstrauen, wenn man zuweilen den Eindruck gewinnen konnte, sie wollten sich nun am liebsten noch zum „Weltmeister des Erinnerns“ küren.

Hinzu kam nach der Wiedervereinigung die Herausforderung, die kommunistische Diktatur aufzuarbeiten. Hier war in der Folgezeit von einem „geschichtspolitischen Kampf um die Deutung der DDR-Diktatur“ die Rede.

So habe die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gewiss viel zur Erforschung der DDR-Diktatur beigetragen. Aber in diesem Gremium, so der Historiker Edgar Wolfrum in seiner aktuellen „Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute“ (2020), seien Wissenschaft und Politik nicht immer sauber voneinander getrennt worden und manchmal zu enge Bindungen eingegangen.

Kritisch sah man auch, mit welch großer Energie – vor allem auf westdeutscher Seite - man bei der Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur das nachholen wollte, was nach 1945 über viele Jahre versäumt worden war.

Und was spielte sich bei den europäischen Nachbarn ab?

Der meist friedlich verlaufende revolutionäre Wandel infolge 1989/90 erstreckte sich – wie wir alle wissen - nicht auf den gesamten Kontinent.

Während man sich in Mitteleuropa rasch ans Werk machte, die notwendigen und schwierigen Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Gang zu setzen und zu gestalten, vollzog sich im südöstlichen Teil des Kontinents eine Tragödie von geradezu epischen Dimensionen.

Zwischen 1991 und 1995 wurde das vormalige Jugoslawien in eine Katastrophe getrieben, wie man sie am Ende des 20. Jahrhunderts weder erwartet noch für möglich gehalten hätte.

Auf den Tag genau heute vor 25 Jahren, am 21. November 1995 einigten sich die Präsidenten und Delegationen Bosnien-Herzegowinas, Kroatiens und Serbiens auf der Luftwaffenbasis Wright-Patterson bei Dayton auf ein Friedensabkommen, das einen Monat später in Paris formell unterzeichnet wurde.

Die Erinnerungen an die Gewaltexzesse der jüngeren Vergangenheit sind im kollektiven Gedächtnis der ex-jugoslawischen Völker nach wie vor omnipräsent, allerdings mit grundlegend verschiedenen Deutungen.

Die Historikerin Ljiljana Radonić, die wir heute auf der Veranstaltung hören werden, spricht in ihrem Buch zur kroatischen Erinnerungskultur und -politik gar von einem „Krieg um die Erinnerung“.

Während in den meisten postsozialistischen Ländern die Aufarbeitung der sozialistischen Ära vor 1989 im Vordergrund gestanden hätten, sei im ehemaligen Jugoslawien vor allem die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg umkämpft. Die Jugoslawien-Kriege der 1990er Jahre hätten Freund- und Feindbilder aus dem Zweiten Weltkrieg reaktiviert:

„Kroatische Paramilitärs setzten Ustascha-, serbische Kämpfer Tschetnik-Mützen auf und beide Seiten sprachen von ‚erneuter‘ Aggression“, so Frau Radonić.

Eine gemeinsame Sicht auf die Vergangenheit, die Raum für eine differenzierte Beobachtung des komplexen Geschehens ließe, ist jeweils vor Ort kaum auszumachen. Von Versöhnung ist man noch weit entfernt.

Meine Damen und Herren,

sich den eigenen finsternen, ja bösen Vergangenheiten zu stellen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist für Gesellschaften erfahrungsgemäß niemals ein leichtes Unterfangen, weil sie immer mit schwierigen psychischen Prozessen verbunden sind.

Das Motiv, zu verdrängen, entfaltet in diesem Kontext meist unerbittlich seine nachhaltige Kraft.

Sie kennen sicherlich alle die berühmten Worte Friedrich Nietzsches:

„Das habe ich getan“, sagt mein Gedächtnis.

„Das kann ich nicht getan haben“, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich.

Endlich gibt das Gedächtnis nach.“

Erinnerung ist deshalb auch nicht per se etwas Gutes.

Sie kann eine befreiende Wirkung entfalten wie Hass schüren, Ressentiments am Leben halten wie überwinden, Zukunft ermöglichen wie verstellen.

Soll Erinnerung eine produktive, demokratisch-menschenrechtliche Wirkung entfalten, muss sie in jedem Fall selbstkritisch und dialogisch angelegt und von unabhängiger historischer Forschung begleitet sein.

Meine Damen und Herren,

die heutige Veranstaltung ist transnational angelegt und spricht daher bewusst von „europäischen Erinnerungsräumen“, weil das geeinte Europa eben auch als ein gemeinsamer Geschichtsraum begriffen werden sollte.

Der schon erwähnte Historiker Edgar Wolfrum hat einen Vorschlag für ein zukunftsweisendes Narrativ der europäischen Erinnerungskultur zum 20. Jahrhundert unterbreitet, das mir zumindest plausibel und nachdenkenswert erscheint.

Ich zitiere:

„Was ist Europa? Europa ist die Überwindung von Diktaturen und autoritären Regimes und der Durchbruch zur Freiheit.“

Dr. Robert Klinke, Botschafter der
Bundesrepublik Deutschland in der Republik Kroatien

Sehr verehrte Damen und Herren,

es ist mir nicht nur eine Ehre, sondern auch eine ganz persönliche Freude, heute zu Beginn Ihrer wichtigen Veranstaltung zu Ihnen zu sprechen. Dies gilt nicht weniger in Anbetracht der nur „vermittelten Präsenz“, wie sie nun einmal der epidemiologischen Lage geschuldet ist.

Dabei führt der Begriff „Vermittlung“ unmittelbar zu einer der zentralen Fragen von Erinnerung und Erinnerungskultur, um die es heute gehen soll.

Erinnern als Ergebnis von Auseinandersetzung mit Vergangenheit, als notwendige Voraussetzung für eine Aufarbeitung von Vergangenheit.

Erinnerungskultur als Ergebnis und mehr noch: Prozess von Vermittlung und Umgehen mit historischen Fakten.

Deutsche und Kroaten kommen dabei, zunächst jeder für sich, mit besonderen Lasten aus ihrer Geschichte zusammen.

Und wenn ich für die deutsche Seite spreche, dann denke ich heute zum einen an das sich verbreiternde Bewusstsein um Kriegskinder und Kriegsenkel. Das Trauma von Tod und Zerstörung, von Flucht und Vertreibung, es ist da. Wir finden es in den Familien. Auch das historische Glück der Befreiung vom Nationalsozialismus und das notwendige Überwinden des vielfältigen Wegschauens angesichts der Tragödie von Shoah und Porajmos gehören untrennbar dazu.

Auch wir sprechen nicht nur von einer Diktatur. Ich selbst gehöre zur Erlebnisgeneration der deutschen Teilung - von Westen aus gesehen. Die brutale Last der menschenverachtenden tödlichen Grenze quer durch Deutschland, die Wahrnehmung kollektiver Depression bei einer ersten Studienreise in die damalige DDR Mitte der 1980er Jahre, durchgehend stasibespitzelt, all dies werde ich niemals vergessen. Es ist mir Antrieb bis heute, klar einzutreten für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat.

Worauf kommt es also an, wenn es darum geht, Erfahrungen weiterzugeben, so dass sie auch angenommen werden? Wie soll sich Erinnerungskultur gegenwarts- und

zukunftsbezogen gestalten? Wie mit Vergangenheit so umgehen, dass sich stattgefundene Gräuel, Grausamkeiten, Tragödien, Schrecken, Leid und Ungerechtigkeit nicht wiederholen?

Deutsche wie Kroaten haben sich, der Geschichte geschuldet, zum Teil zeitversetzt auf den Weg gemacht, ihre jüngere Vergangenheit aufzunehmen. Klar ist, dass es sich um eine dauernde und sich immer wieder neu stellende Herausforderung handelt. Klar ist aber auch: Wir Deutsche sind, insbesondere wenn ich an die Zeit von 1933 bis 1945 denke, sicherlich die letzten, die gegenüber anderen zu werten oder gar zu belehren haben.

Was wir für das Herausbilden von Erinnerungskultur brauchen, ist umso mehr das wechselseitige Zuhören und mehr noch: das gemeinsame Lernen mit- und voneinander. Und dies gerade in Überwindung der Befangenheit in nationalen Narrativen.

Hierbei wird es gelten, manche Defizite und Blockaden zu überwinden, Irrwege und Fallen zu vermeiden. Aber es wird sich lohnen. Verantwortung für die Vergangenheit anzunehmen und zu leben, entscheidet auch über die Zukunftsfähigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gerade der Bildungsarbeit, vor allem mit jungen Menschen, kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu.

Ich bedanke mich noch einmal für die Einladung zu Ihrer Veranstaltung und wünsche Ihnen allen einen guten und ertragreichen Austausch.

Marijana Puljak, Pametno

Abgeordnete des kroatischen Parlaments

Gleich, aus welchem Land man stammen mag, jedes hat irgendeine Form von Erinnerungskultur. Sie kann sich durch nationale Feiertage äußern oder Denkmäler und Gedenkstätten, die bestimmten historischen Persönlichkeiten oder Ereignissen gewidmet sind.

Erinnerungskultur hilft dabei, aus der Vergangenheit zu lernen, nachkommenden Generationen Wissen über Dinge weiterzugeben, die auch in der Gegenwart passieren können, und ihnen beizubringen, dass sie sich nie mehr wiederholen dürfen. Wichtig ist das hier in den Räumen des ehemaligen Jugoslawien, die die Kriegszerstörungen der 90-er Jahre erlebt haben, aber besonders wichtig ist es auch für Kroatien und Deutschland, die sich noch mit ihrer schweren Vergangenheit aus dem Zweiten Weltkrieg auseinandersetzen müssen.

Erinnerungen an die Vergangenheit können in der Gegenwart verschiedene Gefühle hervorrufen, auch nicht erwünschte. Aber sofern sie selbtkritisch und von wissenschaftlicher Geschichtsforschung begleitet sind, können sie befreiend und als gute Grundlage für eine bessere Zukunft der gesamten Gesellschaft wirken. Unaufgearbeitete Traumata und Spaltungen aus der Vergangenheit können die Beziehungen vergiften und die Lebensqualität für zukünftige Generationen beeinträchtigen. Deshalb ist es die Pflicht der gesamten Gesellschaft, dieses Verhaltensmuster zu unterbinden. Voraussetzung dafür ist eine konsequente und unbefangene Auseinandersetzung mit dem schweren Erbe der Vergangenheit, was so manches Mal Mut erfordert, denn alte Wunden aufzureißen, ist nicht leicht.

Vergangenheitsaufarbeitung, die ausgerichtet ist auf die Anerkennung des Leids aller Kriegsopfer, geht vom Dialog mit allen Opfern früherer Verfolgungen oder gegenwärtiger Diskriminierung aus und ist als Beitrag zur Entwicklung einer offenen, inklusiven Gesellschaft zu verstehen, in der die Teilhabe jeder Person und sozialen Gruppe willkommen ist.

Von besonderer Bedeutung ist es daher, systematische Bildungsarbeit für die junge Generation zu betreiben. Die Aufklärung über historische Tatsachen, über Vergangenheitstraumata, Leid, Verfolgung, Ängste und Kriegsgräuel ist für die Jungen eine wichtige Mahnung, dass solche Dinge nie mehr geschehen dürfen. Systematische Aufklärung trägt zu weniger Xenophobie, zum Abbau von Vorurteilen und Diskrimi-

nierung in allen Lebensbereichen bei. Bildung ist die Basis jeder modernen Gesellschaft, und die Erinnerungskultur kann als Teil des Bildungssystems dabei helfen, dass Jüngere aus der Vergangenheit Lehren ziehen und eine freiheitliche, tolerante und gerechte Zukunft gestaltet werden kann.

Wandel der Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen in Kroatien – Der Zweite Weltkrieg im Fokus

Ljiljana Radonić

Die Jugoslawienkriege der 1990er Jahre waren zum Teil auch Kriege um die Erinnerung, bedingt durch die unaufgearbeitete Vergangenheit, insbesondere des innerjugoslawischen Bürgerkriegs während des Zweiten Weltkriegs. Um dies zeigen zu können, gehe ich kurz auf entscheidende historische Eckdaten und dann im zweiten Teil auf den Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg im sozialistischen Jugoslawien ein.

Im dritten Abschnitt widme ich mich der Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen im unabhängigen Kroatien. Dabei werde ich zeigen, dass für den Wandel der Geschichtspolitik jeweils entscheidend war, welche Partei gerade an der Regierung war: 1990–1999 Franjo Tuđmans präsidiales System unter Führung der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ); 2000–2003 Premier Ivica Račans sozialdemokratische angeführte Koalition; 2003–2011 Ivo Sanaders (und später Jadranka Kosors) Europa-orientierte HDZ; 2011–2016 Zoran Milanovićs sozialdemokratisch angeführte Kukuriku-Koalition; Januar bis Oktober 2016 Tihomir Oreškovićs HDZ-Regierung mit autoritär-geschichtsrevisionistischen Tendenzen; sowie seit Oktober 2016 Andrej Plenkovićs HDZ-Regierung, die bis Januar 2020 auch durch eine Staatspräsidentin aus den Reihen der HDZ gestützt wurde.

1. Historische Eckdaten: Wechselnde Bürgerkriegsfronten im Zweiten Weltkrieg

Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg war das Königreich Jugoslawien zerrissen zwischen den Hegemoniebestrebungen der Zentralregierung in Belgrad und der Forderung nach Föderalismus und stärkerer Autonomie, allen voran aus Zagreb. Gerade als die Bemühungen um eine Verständigung Ergebnisse zeitigten, zerschlugen die Achsenmächte Jugoslawien im April 1941. Kroatien (ohne die Küstengebiete) und Bosnien-Herzegowina wurden zum „Unabhängigen Staat Kroatien“ (Nezavisna Država Hrvatska – NDH), einem NS-Satellitenstaat von Hitlers und Mussolinis Gnaden unter der Führung der faschistischen Ustasche. Das Ustascha-Regime in Kroatien betrieb im Gegensatz zu den meisten anderen NS-Kollaborationsregimen, die die Verfolgten an das „Dritte Reich“ auslieferten, selbständig Todeslager. Das größte Ustascha-Lager war das KZ Jasenovac nur 100 Kilometer südöstlich von der Haupt-

stadt Zagreb, in dem bis zu 100.000 SerbInnen, Romnja und Roma, Jüdinnen und Juden sowie politische GegnerInnen ermordet wurden.

Gleichzeitig mit dem Weltkriegsgeschehen tobte auf jugoslawischem Boden also ein Bürgerkrieg mit wechselnden Fronten, dem viele ZivilistInnen zum Opfer fielen. Die um die Wiedererrichtung des Königreichs Jugoslawien bemühten serbischen Tschetnici galten zunächst als Widerstandskämpfer gegen die Achsenmächte, doch kollaborierten sie später mit den italienischen Faschisten und wirkten an der Bekämpfung der vom Kommunisten Tito geleiteten PartisanInnen mit. Sie massakrierten vor allem Zehntausende BosniakInnen, aber auch KroatInnen. Das Ustascha-Regime kämpfte – teils zusammen mit den Tschetnici – gegen die Tito-PartisanInnen und ging brutal gegen deren mutmaßliche UnterstützerInnen vor. Einzig Verhandlungen zwischen Ustasche und PartisanInnen, die in einem Moment die Tschetnici als gemeinsamen Feind ansahen, führten nie zu einer Koalition.

Schließlich befreiten die Tito-PartisanInnen das Land weitgehend selbst, nur im Falle der Hauptstadt Belgrad nötigte sie Stalin zu einer gemeinsamen Befreiungsaktion zusammen mit der Roten Armee. Zehntausende Ustasche, Angehörige der NDH-Armee, slowenische Weißgardisten, also NS-Kollaborateure und ZivilistInnen, aber auch Wehrmachtssoldaten versuchten zu Kriegsende, in die britische Besatzungszone nach Österreich zu flüchten. Dies führte zu Kampfhandlungen mit den PartisanInnen, die sie daran hindern wollten, die Grenze zu überschreiten. Nachdem die britische Armee, die zu diesem Zeitpunkt bereits Südösterreich kontrollierte, bei einem Treffen in Bleiburg eine Kapitulation der NDH-Verbände abgelehnt hatten, wurden Zehntausende von ihnen auf slowenischem Gebiet und auf Märschen zurück ins Landesinnere ohne Gerichtsverfahren ermordet.

2. Erinnerungspolitik in Titos Jugoslawien

Eines der Mittel, mit denen Tito nach 1945 seine kommunistische Partei als Alleinherrscherin über das sozialistische Jugoslawien installierte, war die Berufung auf die eigenständige Befreiung des Landes. Ein weiteres waren Schauprozesse, bei denen Ustascha-Täter, an deren mörderischen Verbrechen kein Zweifel bestand, zusammen mit jenen politischen GegnerInnen vor Gericht gestellt wurden, die das Regime delegitimieren wollte, wie etwa Kirchenvertretern. Das Narrativ der „Brüderlichkeit und Einigkeit“ dominierte die Erinnerungspolitik. Der Fokus lag auf dem gemeinsamen antifaschistischen Kampf, für den monumentale Denkmäler errichtet wurden, und den Opfern des Faschismus, wie es allgemein formuliert hieß. Um Tito

entstand ein Führerkult, der seine reale Rolle als von vielen bewunderter Anführer des Widerstands mit autoritären Elementen zu einem Regime verschmolz, das immerhin genug Legitimation besaß, um 1948 mit Stalin brechen und eine Sonderrolle als blockfreier Staat einnehmen zu können.

Die Erinnerungskultur war penibel vorgegeben: In der Aufzählung der Opfer wurden immer Angehörige aller jugoslawischen Nationen genannt, also SerbInnen, KroatInnen, MuslimInnen, SlowenInnen etc. Ebenfalls wurde darauf geachtet, dass in der Aufzählung der TäterInnen solche aus allen Nationen vertreten waren, also Ustasche, Tschetnici, slowenische Weißgardisten etc. Dadurch wurden die Unterschiede zwischen dem Ustascha-Regime, das selbständig Todeslager betrieben hatte, und jenen verwischt, die in Banden ohne staatliche Strukturen Verbrechen begingen – ebenso wie die Unterschiede zwischen systematisch verfolgten Opfergruppen und politischen Häftlingen.

Mit diesem Narrativ unvereinbar war, dass die TäterInnen aus rassistischen, antisemitischen und antiziganistischen Gründen gemordet hatten. Deshalb konnte auf dem Gelände des Ustascha-KZ Jasenovac erst in den vergleichsweise liberalen 1960er Jahren zunächst eine Gedenkstätte und dann auch ein Museum errichtet werden. Bis dahin war die Erinnerung an diese Opfer „rassischer“ Verfolgung marginalisiert.

Völlig tabuisiert war die Erinnerung an jene, die die PartisanInnen im Zuge der Kriegsendphasenverbrechen ohne Gerichtsprozess getötet hatten. Im kroatischen Exil pflegten nicht nur, aber vor allem Ustascha-nahe Organisationen den Mythos von der Tragödie von Bleiburg (wo sich die Massenmorde nicht zugetragen hatten) und vom britischen Verrat.

Ende der 1960er Jahre wurde das Dogma der „Brüderlichkeit und Einigkeit“ von nationalistischen Kräften in Belgrad und Zagreb zunehmend in Frage gestellt. So machte sich im Umfeld des Militärhistorischen Instituts in Belgrad die These von der „Genozidalität“ der KroatInnen, einer kroatischen Neigung zu Genoziden also, breit. In Zagreb war es der ehemalige Partisane und spätere kroatische Präsident Franjo Tuđman, der als Historiker und Direktor des Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung zunächst die Rolle des kroatischen antifaschistischen Widerstands gegenüber dem serbischen hervorhob, dann die „gewöhnlichen“ Soldaten der NDH-Armee, die sogenannten „Heimwehren“ (Domobrani), aus der Verantwortung nahm und zunehmend nationalistisch-geschichtsrevisionistischer argumentierte. In den repressiven 1970ern wurden diese nationalistischen Stimmen wieder in den Hintergrund gedrängt. Ende der 1980er Jahre jedoch diente die unaufgear-

beitete Vergangenheit als ein entscheidender Mobilisierungsfaktor im sich zusätzlichen nationalistischen Wahn.

3. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im unabhängigen Kroatien

1990 – 1999: Franjo Tuđmans „nationale Versöhnung“

Neben einer hohen Staatsverschuldung, wirtschaftlichen Fragen und dem immerwährenden Konflikt um das Verhältnis zwischen Zentralregierung und Föderalismus war es vor allem der Deutungskampf um die Geschichte, der für eine emotionale Aufladung und Rechtfertigung der Konflikte sorgte. Unter den SerbInnen machte sich die Denkfigur breit, dass man um jeden Preis einen neuerlichen Genozid, wie ihn die Ustasche 1941–1945 an den SerbInnen begangen hatten, verhindern müsse – was dann als Rechtfertigung für Verbrechen diente. Diese einerseits erklärbaren, andererseits von Slobodan Milošević und regionalen AnführerInnen in hetzerischer Absicht geschürten Ängste wurden auf kroatischer Seite befeuert durch die Verklärung der NDH als Meilenstein auf dem Weg zur kroatischen Unabhängigkeit seitens des kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman und seiner Partei, der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ). Ferner betrieben zahlreiche SerbInnen eine Verklärung der Tschetnici und ihres Anführers Draža Mihailović (die insbesondere nach Miloševićs Rücktritt 2000 um sich griff), was wiederum von KroatInnen und BosniakInnen als Bedrohung erlebt wurde.

Zusammen mit dem jugoslawischen Staat wurde auch das Erbe der PartisanInnen über Bord geworfen und das antifaschistische Narrativ zusammen mit anderen staatssozialistischen Dogmen delegitimiert. Kinder aus PartisanInnenfamilien identifizierten sich nun kaum mehr mit dieser Erinnerungskultur, sondern vor allem mit den nationalistischen Angeboten, der Verklärung der NDH oder der Tschetnici. Diejenigen, die sich auf allen Seiten gegen den Nationalismus und Geschichtsrevisionismus aussprachen, wurden auf das heftigste verbal angegriffen und sahen vielfach keine andere Wahl, als das Land zu verlassen.

Im Fokus der nationalen Mobilmachung stand das Ustascha-KZ Jasenovac. Während bereits zu jugoslawischen Zeiten die Zahl der dort Ermordeten mit 700.000 (statt der heute auf wissenschaftlicher Basis geschätzten bis zu 100.000) bereits viel zu hoch angegeben wurde, etwa um höhere Entschädigungszahlungen von der BRD zu bekommen, sprachen SerbInnen nun vielfach von einer Million Opfern, dem „Auschwitz des Balkans“ und einem „Holocaust an Juden und Serben“. Tuđman auf der anderen Seite gab die zu niedrige Zahl von 30–40.000 Opfern an und HDZ-Vertre-

terInnen setzten in unzähligen Statements Jasenovac mit Bleiburg gleich, das auch als Ort eines „Holocaust“ an den KroatInnen bezeichnet wurde.

Franjo Tuđman, der sich als Präsident aller Kroatinnen und Kroaten weltweit, nicht jedoch aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Kroatiens begriff, prägte Kroatien mit seinem Demokratie- und Geschichtsverständnis bis zu seinem Tod Ende 1999. In Kroatien schien die Trennung von Jugoslawien und seinem antifaschistischen Dogma nur denkbar zu sein in Kombination mit einem positiven Bezug auf den „Unabhängigen Staat Kroatien“, der laut Tuđman „nicht nur ein ‚Quisling‘-Gebilde oder ein ‚faschistisches Verbrechen‘ war, sondern einerseits auch der Ausdruck historischer Bestrebungen des kroatischen Volkes nach einem unabhängigen Staat und andererseits auch der Einsichten internationaler Akteure, in diesem Fall der Regierung Hitlerdeutschlands, die auf den Ruinen von Versailles die Neuordnung Europas schneiderte, in die Sehnsüchte Kroatiens und seine geografischen Grenzen.“ Er sei zwar der Form nach faschistisch gewesen, sein Inhalt hingegen rein und volksbefreiend geblieben. Die faschistische politische Form sowie der eliminatorische Antisemitismus seien dem Land von außen, von den deutschen Besatzern also, aufgezwungen worden. Zum Charakter des KZ Jasenovac schrieb er, dass nur „Vorkämpfer des Jasenovac-Mythos“ behaupten könnten, das Lager sei „mit der expliziten Absicht errichtet [worden], alle Gefangenen zu liquidieren“; tatsächlich sei es bloß ein „Sammel- und Arbeitslager“ gewesen.

Tuđman zufolge bedurfte es im 1991 unabhängig gewordenen Kroatien einer „nationalen Versöhnung“ aller KroatInnen, seiner Interpretation nach hätten alle auf ihre je eigene Art für die „kroatische Sache“ gekämpft, die einen an der Seite der PartisanInnen, die anderen an der Seite der Ustasche. So wurden in den neuen Machtapparat die alten kommunistischen Eliten weitgehend übernommen, wenn sie dies wünschten. Zugleich wurden RückkehrerInnen aus der Emigration mit einschlägiger Ustascha-Affinität oder Vergangenheit neu in den Apparat aufgenommen. Dies führte zwar zu einer formellen Verankerung des Antifaschismus in der Verfassung, alle konkreten Handlungen abseits dieses Lippenbekenntnisses, wie die Entfernung von fast 3.000 Denkmälern zu Ehren des PartisanInnenkampfes sowie Mahnmalen „für die Opfer des Faschismus“, zahlreiche Straßenumbenennungen und der Rückgriff auf Ustascha-Symbole und Namen, beförderten jedoch Geschichtsrevisionismus und einen positiven, ethnisch-nationale Identität stiftenden Bezug auf das Ustascha-Regime.

Im Gegensatz zu Tuđman, der auf eine Balance der Opferzahlen von Jasenovac und Bleiburg aus war, wurde in den 1990er Jahren in der Öffentlichkeit die Zahl der

Bleiburger Opfer oft auf mehrere Hunderttausend heraufgesetzt. Unter der Schirmherrschaft von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern wurde auf den alljährlich stattfindenden Gedenkveranstaltungen im Kärntner Ort Bleiburg nicht selten vom „kroatischen Holocaust“ gesprochen, einem von PartisanInnen an den flüchtenden Kroatinnen begangenen „Holocaust“ also. Ausgelassen wurde bei diesem Gedanken, dass viele der unrechtmäßig von den PartisanInnen Ermordeten zuvor Verbrechen im Ustascha-Regime begangen hatten. Das kroatische Fernsehen übertrug die Bleiburg-Veranstaltungen ungeachtet der dort bis heute zur Schau getragenen Ustascha-Ikonographie live, die Gedenkveranstaltungen in Jasenovac erst seit 2003. Die Zahl der BesucherInnen in Bleiburg übertraf immer jene in Jasenovac, und die Kirche sandte regelmäßig Bischöfe nach Österreich, bei den Gedenkveranstaltungen in Jasenovac war sie hingegen in dieser Periode lange Jahre gar nicht und erst in den letzten Jahren durch lokale Vertreter repräsentiert.

Entsprechend seiner Versöhnungsthese entwickelte Tuđman den Plan einer „nationalen Gedenkstätte Jasenovac“: Die Opfer von Bleiburg und Jasenovac sollten gemeinsam auf dem KZ-Gelände begraben werden. Durch internationale Proteste unter Druck gesetzt, versuchte Tuđman seinen Plan durch die Behauptung zu verteidigen, dass Jasenovac nach 1945 ein kommunistisches Lager gewesen sei, was jedoch historisch schlicht nicht haltbar ist. Da die „Universalisierung des Holocaust“ als negative Ikone der Menschheit zu diesem Zeitpunkt bereits zu weit fortgeschritten war, um eine KZ-Gedenkstätte dermaßen zu missbrauchen, musste er diesen Plan aufgeben.

Erst mit Tuđmans Tod Ende 1999 konnte eine Konsolidierung der Demokratie einsetzen, die aber stark vom Krieg und dem autoritären Erbe der 1990er geprägt war.

Das 21. Jahrhundert

Im Jahr 2000 brachte der Wahlsieg der von den Sozialdemokraten angeführten Koalition eine Demokratisierung des autoritär-präsidialen Systems mit sich: Die Befugnisse des Präsidenten wurden nach dem Tod Tuđmans beschnitten und die Medienlandschaft liberalisiert. Der neue Präsident, Stipe Mesić, verstand sich in bewusstem Gegensatz zu Tuđman nicht als „Präsident aller Kroaten und Kroatinnen weltweit“, sondern als „Präsident aller Bürger Kroatiens“ und meinte damit explizit auch SerbInnen und andere Bevölkerungsgruppen. Obwohl er bis 1994 selbst der Tuđman-Partei, der HDZ, angehört hatte, machte sich Mesić für das Erbe des Antifaschismus stark.

Die Regierung läutete eine neue Phase des Umgangs mit der Vergangenheit ein. Hatte Tuđman 1990 den Zagreber Platz, auf dem sich das Gestapo- und die Ustaša-Gefängnis befunden hatte, von „Platz der Opfer des Faschismus“ in „Platz der kroatischen Größen“ umbenennen lassen, erhielt der Platz 2000 seinen alten Namen zurück. Die neue Regierung, meist ehemalige kommunistische FunktionärInnen, verurteilte die Ustascha-Verbrechen jedoch nicht mit voller Schärfe, wohl um sich nicht zu sehr als „Jugo-Kommunisten“, wie sie in der rechtsgerichteten Presse bezeichnet wurden, angreifbar zu machen. Im Jahr 2002 sprach mit Ivica Račan erstmals ein amtierender Premierminister auf der jährlichen Gedenkveranstaltung in Jasenovac. Allerdings schreckte er, dessen linke Regierungskoalition stark unter Beschuss der mächtigen Veteranenverbände des „Heimatländischen Krieges“ stand, davor zurück, klar zu formulieren, wer die Verbrechen begangen hatte. Er sprach vielmehr allgemein von „dem Bösen“, das sich in Jasenovac ereignet hätte, ohne die Verantwortlichen zu benennen. Die ambivalente Haltung der Račan-Ära äußerte sich vor allem in Bleiburg, wo erneut RegierungsvertreterInnen des Koalitionspartners Račans vom Ort des „kroatischen Holocaust“ sprachen, während auf der Gedenkveranstaltung weiterhin alljährlich unzählige Ustascha-Symbole präsent waren.

Nach diesem ersten sozialdemokratischen Intermezzo an der Regierung 2000–2003 kam wieder die ehemalige Tuđman-Partei, die HDZ, an die Macht. Die Erinnerungspolitik wurde zu einem Bereich, auf dem sie das Europäischsein Kroatiens unter Beweis stellen wollte. Straßen, die in den 1990er Jahren nach dem Ustascha-Unterrichtsminister Mile Budak benannte worden waren, wurden umbenannt. 2004 brach Premier Ivo Sanader als erster HDZ-Spitzenpolitiker mit der Tradition, bei der jährlichen Gedenkveranstaltung in Jasenovac neben den dort ermordeten Opfern auch jene von Bleiburg zu erwähnen. Er betonte ausdrücklich, dass „das Ustaša-Regime“ für die Verbrechen verantwortlich war und nicht etwa ahistorische Kräfte, wie zum Beispiel das von Tuđman immer wieder zitierte „Böse“. Der Premier betonte, das heutige Kroatien sei auf den Grundfesten des Antifaschismus erbaut, fügte jedoch hinzu, dass auch „der Heimatländische Krieg ein Kampf gegen eine Art von Faschismus war“. Ähnlich argumentierte er 2005 bei seinem Besuch in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, als er das „kroatische Leiden“ mit dem Holocaust gleichsetzte: „Wir waren Opfer eines solchen furchtbaren Wahnsinns, wie es der Nationalsozialismus und der Faschismus waren, und niemand weiß besser als Kroaten und alle die Bürger Kroatiens, was es bedeutet, Aggression und Verbrechen erdulden zu müssen.“

Die Gedenkstätte Jasenovac, die kriegsbedingt 1991 geschlossen und von kroatischen wie serbischen Militäreinheiten zweckentfremdet worden war, öffnete 2006 wieder das Museum. Als Leiterin setzte der HDZ-Kulturminister eine Kunsthistorikerin mit US-Auslandserfahrung ein. Das Museum orientierte sich in der Ästhetik an Holocaust-Museen wie jenem in Washington, D.C.: dunkle Räume und ein Fokus auf die Namen der Opfer, ihnen zuordenbare Objekte und Überlebendenzeugnisse. Um diese Orientierung an Holocaust-Museen einordnen zu können, muss man wissen, dass Jüdinnen und Juden im KZ Jasenovac nach SerbInnen und Romnja und Roma die drittgrößte Opfergruppe waren. Die Ustasche werden in der Dauerausstellung zwar als Täter benannt, aber ihnen wird wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Nur auf den Computerarbeitsplätzen und auf der Museumswebsite werden Täterbiographien vorgestellt. Die einfachere Identifikation mit den Opfern dominiert in der Ausstellung bis heute vor der selbstkritischen Auseinandersetzung mit den Verfolgungsgründen und TäterInnen. Die ethnische Zuordnung der Verfolgten steht in den Diskussionen um Jasenovac nach wie vor im Vordergrund, während andere noch wenig erforschte Themen wie die Inhaftierung von Prostituierten kaum Beachtung erfahren.

Jedenfalls diente die Vorbereitung der an internationalen, westlichen Vorbildern ausgerichteten Jasenovac-Dauerausstellung als eines der Zugpferde in die EU in einer Zeit, als die EU-Beitrittsverhandlungen gefährdet waren, weil Kroatien nicht beweisen konnte, dass es alles tat, um den damals vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) gesuchten ehemaligen Befehlshaber der kroatischen Streitkräfte auszuliefern.

Geschichtspolitisch besonders relevant ist – wie zu Beginn des Abschnitts ange deutet – die Rolle des von 2000 bis 2010 amtierenden Präsidenten Stipe Mesić, der den Antifaschismus in Kroatien wieder vertretbar/„sagbar“ machte. Er setzte sich auch explizit gegen die Gleichsetzung der Opfer von Jasenovac und Bleiburg ein: „Keiner aus Jasenovac ist schuld an einem Toten in den Gräben und in Bleiburg, aber viele in Bleiburg waren für jemandes Tod verantwortlich. Sie sind Opfer, aber wir können nicht sagen, dass sie alle unschuldig sind. Man hätte sie nicht töten und quälen dürfen, aber diejenigen, die als schuldig erachtet wurden, hätte man vor Gericht stellen sollen. Demnach sind sie Opfer, aber ich kann die Behauptung nicht annehmen, dass dort auch diejenigen gestorben sind, die den kroatischen Staat verteidigt haben.“ (Mesić 2005)

In der Phase einer wieder sozialdemokratisch angeführten Koalition unter Zoran Milanović 2011–2016 wurde die Schirmherrschaft des Parlaments für die Bleiburg-

Gedenkveranstaltung abgeschafft. Die Begründung dafür war, dass man den Fokus auf Orte legen müsse, wo die PartisanInnen tatsächlich Massenmord begangen haben, in Macelj an der kroatisch-slowenischen Grenze etwa oder in Tezno. Der sozialdemokratisch angeführten „Kukuriku-Koalition“ („Kukuriku“ heißt der Ruf des Hahns auf Kroatisch, der Name geht auf das Lokal zurück, in dem sich die PolitikerInnen das erste Mal trafen) gehörte unter anderen auch Vesna Pusić von der Kroatischen Volkspartei HNS an, die Chefverhandlerin des kroatischen EU-Beitritts, die als eine der ersten zivilgesellschaftlichen Stimmen in den 1990ern lautstark den Revisionismus der Tuđman-Ära kritisiert hatte. In dieser Zeit vertrat die Regierung keine geschichtsrevisionistischen Positionen in Bezug auf den Ustascha-Staat. Aber da die Forderung nach Aufarbeitung der Kriegsendphasenverbrechen der PartisanInnen als Steckenpferd der Rechten galt und gilt, wurden auch in dieser Phase keine Gerichtsverfahren gegen ehemalige PartisanInnen angestrebt.

Nach dem Wahlsieg der HDZ 2016 stellte die ehemalige Tuđman-Partei Präsidentin und Regierung, eine – wie wir auch gegenwärtig in Polen beobachten können – problematische Konstellation. Bereits 2015 hatte Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović nach ihrem Wahlsieg die Schirmherrschaft für die Bleiburg-Gedenkveranstaltung übernommen, die dann nach dem Wahlsieg der HDZ – wie bisher für HDZ-Regierungen üblich – wieder vom Parlament übernommen wurde. Ustascha-Symbole und Hitlergrüße waren bei der Gedenkveranstaltung zu dieser Zeit immer noch gang und gäbe. Die Regierungsriege der ersten sechs Monate nach dem Wahlsieg der HDZ im Januar 2016 wurde vielfach als rechtsextrem kritisiert, und insbesondere Zlatko Hasanbegović – der als Kulturminister auch für die Gedenkstätte Jasenovac zuständig war – fiel durch geschichtsrevisionistische Äußerungen vor allem in Bezug auf Jasenovac auf. Dies erstaunte wenig, wenn man von seiner Autorenschaft in der von der Ustascha-Exilorganisation Kroatische Befreiungsbewegung (Hrvatski oslobodilački pokret – HOP) herausgegebenen Zeitschrift *Nezavisna Država Hrvatska* weiß. Hasanbegović war bis zu seinem Ministeramt auch stellvertretender Vorsitzender des Bleiburger Ehrenzugs, der die jährliche Gedenkveranstaltung mit angeschlossenen rechtsextremen Bierzeltfeiern organisiert.

Das Kräfteverhältnis änderte sich im Januar 2020 erneut etwas, als der ehemalige sozialdemokratische Premier Zoran Milanović Staatspräsident wurde. Bereits kurz nach seinem Antritt fiel er dadurch auf, dass er eine Gedenkveranstaltung für den Heimatländischen Krieg der 1990er Jahre verließ, weil sich vor ihm zwei Männer in T-Shirts mit dem Ustascha-Slogan *Za dom spremni* aufgebaut hatten. Somit bildet er aktuell auf einigen Gebieten ein Gegengewicht zur Regierung. Aus dem Krieg um

die Erinnerung der 1990er Jahre wurde mittlerweile eine Pattsituation, die jedoch meist mit friedlichen und demokratischen Mitteln ausgetragen wird. Die Erinnerungskultur wurde hierbei entscheidend von der HDZ geprägt, die in den 30 Jahren seit der Unabhängigkeit Kroatiens über 21 Jahre an der Macht war.

Der schwierige Umgang mit der eigenen Geschichte

Wandel der Erinnerungskulturen

Aleksandar Jakir

Beim Blick auf die öffentlichen Debatten in Kroatien zu zahlreichen Themen der Geschichte des 20. Jahrhunderts, ja generell beim Nachdenken über den Umgang mit der Geschichte und dem Erinnern in Kroatien, kommen die Begriffe „Memory Politics“ und „Memory Wars“ in den Sinn, ebenso der bekannte Ausspruch des amerikanischen Schriftstellers William Faulkner, der trocken bemerkt hatte: „The past is never dead. It's not even past.“

Auch dem flüchtigsten Beobachter der verschiedensten Medien in Kroatien kann nicht verborgen bleiben, dass sich jeden schönen Mai aufs Neue in der kroatischen Öffentlichkeit Texte und Aussagen in großer Zahl mehren, aus denen sich unschwer die vermeintlich einzig „richtige“ Interpretation verschiedener Aspekte der kroatischen Geschichte des 20. Jahrhunderts herauslesen lässt. Konkurrierende Interpretationen von sogenannten „schmerzhaften“ oder „sensiblen“ Themen der kroatischen Zeitgeschichte lösen dabei bei weitem nicht nur historiografische Debatten aus. Jahr um Jahr befeuern sie die hitzigen öffentlichen Diskussionen in Kroatien, die in den anonymen Kommentaren im Internet dann leicht zum verbalen Bürgerkrieg eskalieren. Der jeweils anderen Seite wird dann in heftigen Polemiken wahlweise „historischer Revisionismus“ und der „Versuch, die antifaschistischen Grundlagen des kroatischen Staates zu unterminieren“ vorgeworfen, bzw. das „Festhalten an kommunistisch-totalitären Denkstrukturen“ und die „Vertuschung und Verharmlosung von Verbrechen zu Zeiten des sozialistischen Regimes“.

Die Debatten um die richtige Erinnerungskultur kulminieren jedes Jahr aus Neue in den Auseinandersetzungen in den Wochen, in denen im Mai an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert wird bzw. wenn dann im Juni der Tag des antifaschistischen Widerstands als offizieller Feiertag in Kroatien begangen wird. Zu den sogenannten „sensiblen Themen“, über die dann jedes Jahr aufs Neue in der kroatischen Öffentlichkeit gestritten wird, gehören neben dem Ustaša-Regime gewiß auch der Umgang mit Tito und dem sozialistischen Erbe. Im genannten Zeitraum konzentrieren sich die Debatten um die „richtige“ Erinnerungskultur dann um die Phänomene „Bleiburg“ und „Kreuzweg“, die als Synonyme gebraucht werden für die von den siegreichen Kommu-

nisten nach Kriegsende im Frühjahr 1945 verübte Massengewalt, die dann oftmals im Diskurs verkürzt und nationalisiert als „Gewalt gegen Kroaten“ dargestellt wird.

Da ich gebeten wurde mich hier und heute auf die Zeit nach 1945 zu konzentrieren, möchte ich die verschiedenen Erinnerungskulturen in Kroatien gerne kurz am Beispiel des Themas der gerade angesprochenen Massengewalt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ansprechen.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist, dass mir scheint, dass der Umgang mit Geschichte im allgemeinen und mit diesem Thema im besonderen zu Zeiten des sozialistischen Jugoslawien bis heute nachwirkt. Möglicherweise erklärt es, warum noch immer so heftig und emotional über diese Themen in Kroatien diskutiert wird. Der herrschenden KP nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es mehr oder weniger während des gesamten Zeitraums der Existenz des sozialistischen Staates ihre Interpretation, mittels der von ihr kontrollierten Sozialisationsagenturen und der Öffentlichkeit, zumindest auf staatlich-offizieller Ebene zur dominanten zu machen. Die Partei beanspruchte so etwas wie ein Wahrheitsmonopol bezüglich der Interpretation der Vergangenheit. Wie in jenen viereinhalb Jahrzehnten mit bestimmten Aspekten der Vergangenheit umgegangen wurde, und wie diese Interpretation der Vergangenheit an neue Generationen weitergegeben wurde, scheint mir nach wie vor ein wichtiges Element zu sein für das Verständnis dieser Debatten in der heutigen kroatischen Gesellschaft. Der Zusammenbruch der sozialistischen Ideologie und der Aufbauprozess eines demokratischen kroatischen Staates stellten die kroatische Gesellschaft seit 1990 vor große Herausforderungen. Dem in mehrfacher Hinsicht traumatischen historischen Erbe wurde dabei vielfach versucht aus dem Weg zu gehen bzw. die Auseinandersetzung damit wurde versucht in vorgegebene ideologische Schablonen zu pressen. Dem zu beobachtenden Widerspruch zwischen den verschiedenen entstandenen Erinnerungskulturen, zu denen offensichtlich divergierende historische Erfahrungen geführt hatten, wurde dies oftmals nicht gerecht. Zudem erschwerte die weitgehende Elitenkontinuität, als vielfach in den 1990er Jahren dieselben Akteure, nun im Zeichen des kroatischen Nationalismus, offiziell eine diametral entgegengesetzte historische Interpretation vertraten, die Entstehung einer weithin geteilten Erinnerungskultur in der kroatischen Gesellschaft. Dies gilt für die Auseinandersetzung mit der Zeit des Sozialismus allgemein, als auch im Bezug auf den Umgang mit der Massengewalt am Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die politischen Debatten in Kroatien zu historischen Themen legen nicht nur den Schluss nahe, dass von einer klar zu erkennenden Spaltung der Gesellschaft gespro-

chen werden kann, in der sehr unterschiedlich mit den verschiedenen traumatischen Erinnerungen umgegangen wird, insbesondere mit der Erinnerung an die Kriegs- und Nachkriegszeiten im 20. Jahrhundert, sondern ebenso, dass die Positionierung und politische Profilierung im politischen Raum in Kroatien oftmals mit einer bestimmten Interpretation und Bewertung der sozialistischen Zeit einhergeht. Oft scheint es auch, als ob unter neuen ideologischen Vorzeichen nach 1990 versucht wurde eben diesen Umgang mit der Geschichte beizubehalten.

Nicht überraschend ist, dass das politische Regime zu sozialistischen Zeiten, bis zur Implosion der sozialistischen Legitimationsideologie nach dem Tod des charismatischen Marschalls und Integrationsfigur Tito, bis zum Ende der 1980er Jahre des 20. Jahrhunderts versuchte, so etwas wie eine offizielle Interpretation bestimmter Schlüsselereignisse durchzusetzen. Doch dieser Umgang mit der Vergangenheit wurde in Kroatien 1990 zunächst nicht abgelöst durch Multiperspektivität und eine pluralistische Herangehensweise an die Zeitgeschichte. Sieht man sich beispielsweise die Schulbücher der 1990er Jahre an, so kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, als ob nun mit antikommunistischen Vorzeichen diese Art der offiziellen Geschichtsinterpretation fortgesetzt wurde. Endziel der Geschichte war nun eben nicht mehr das sozialistische Kroatien innerhalb Jugoslawiens sondern das unabhängige und demokratische Kroatien. Nicht vergessen werden sollte, dass das sozialistische Regime über mehrere Jahrzehnte die offizielle Erinnerungspolitik und das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft gestaltete. Ebenso sollte die Rolle, welche die Konstruktion der Vergangenheit bei der Legitimierung des Sozialismus spielte, nicht unterschätzt werden. 1990 schien es vielen, als ob mit dem Systemwechsel und der Etablierung des neuen souveränen kroatischen Staates die Geschichte (wieder einmal) den Siegern Recht gegeben hatte.

Musste die Vergangenheit nicht wiederum so interpretiert werden, dass notwendigerweise alles auf diesen Moment zugelaufen war?

Wenn es nun eine neue Sicht auf die Vergangenheit gab, wie war dann umzugehen mit Ereignissen, die in der vormaligen offiziellen Geschichtsinterpretation überhaupt keinen Platz gefunden hatten? Wie sollte man generell jetzt mit der historischen Zäsur von 1945 umgehen? Was war damals tatsächlich geschehen, wie sollte man sich daran erinnern?

Versucht man sich nun 30 Jahre nach dem Zusammenbruch des offiziellen sozialistischen Narrativs, und nachdem im öffentlichen Diskurs in Kroatien eine star-

ke Distanzierung von ebendiesem erfolgte, jenem Schlüsseljahr ohne vorgefasste ideologische Überzeugungen zu nähern, so lässt sich durchaus das Urteil fällen, dass die revolutionären Ursprünge des sozialistischen Kroatien und Jugoslawien im Jahr 1945 nicht nur mit dem Sieg der von den Kommunisten angeführten Volksfront im sog. Volksbefreiungskrieg gegen die Besatzer und die Kollaborateure der Okkupationsmächte verbunden war, sondern eben auch direkt mit der exzessiven Massengewalt gegen vermeindliche „Volksfeinde“.

Ebenso, um den schrecklichen Euphemismus aus den Kriegen der 1990er Jahre zu gebrauchen, ging die Machteroberung mit einer Politik der „ethnischen Säuberung“ gegenüber Deutschen und Italienern nach Kriegsende einher. In den historischen Darstellungen und in den Schulbüchern zu Zeiten des jugoslawischen Sozialismus war davon bis zum Ende dieses Systems nichts zu lesen gewesen. Ein Teil der kroatischen Gesellschaft scheint nach wie vor nicht bereit, sich mit den Dimensionen der Massengewalt auseinanderzusetzen, zu der es im Zusammenhang mit der Machteroberung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens gekommen ist. In bestimmten Millieus wird jegliche Diskussion darüber als Versuch rechter, nationalistischer Kräfte empfunden einen historischen Revisionismus ins Werk zu setzen, der versucht alle Errungenschaften des Sozialismus mit Verweis auf diese Opfer zu kompromitieren. Gleichzeitig scheint ebenso offensichtlich, dass ein anderer, vermutlich eher größerer, Teil der kroatischen Gesellschaft nicht bereit ist, sich mit den Dimensionen der Massenverbrechen auseinanderzusetzen, die während des Zweiten Weltkriegs im Unabhängigen Staat Kroatien vom Ustaša-Regime begangen wurden. In bestimmten Millieus ist dann die Rede von einem zu kommunistischen Zeiten den Kroaten aufgefoktviertem Schuldkomplex und von maßlos überhöhten Opferzahlen, beispielsweise was die Zahl der Opfer des KZ Jasenovac anbelangt.

Jede Seite hat selbstredend ihre Historiker, die entsprechende Darstellungen und Interpretationen anbieten.

Ich will Ihnen meine Sicht der Dinge nicht vorenthalten. Massengewalt am Ende des Zweiten Weltkriegs, als die Weichen für eine kommunistische Machteroberung gelegt wurden, halte ich für eine historische Tatsache, ebenso wie den von der radikalnationalistischen Ustaša verübten Genozid bzw. Massenmord an Serben, Roma und kroatischen Antifaschisten in den Jahren 1941-45. Auf dem Gebiet des Unabhängigen Staates Kroatien versuchte eine mörderische staatliche Politik eine multiethische Gesellschaft mit Gewalt in ein homogenes nationales Gebilde umzuformen. Und was nun den Sieg der von Tito geführten Partisanen 1945 anbelangt, so würde

ich, unter Verwendung des berühmten Titels von Joseph Conrads Roman, vom „Herz der Finsternis“ des jugoslawischen Sozialismus sprechen. Beide traumatischen Phänomene haben in den kroatischen Erinnerungskulturen ihren Niederschlag gefunden. Hier interessiert uns nun, warum sich die kroatische Gesellschaft so schwer tut bei der Aufarbeitung der Ereignisse nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs?

Tatsache ist, dass sich der jugoslawische Sozialismus bald nach dem Konflikt Tito-Stalin im Jahr 1948 unter dem Namen „Arbeiterselbstverwaltung“ nach außen als basisdemokratisch präsentierte. Weltweit wurde dieser Sozialismus wahrgenommen als erfolgreicher „Dritter Weg“, als „jugoslawisches Modell“. Die Rede war von der liberalsten und freisten Variante des Sozialismus, von einem blockfreien Staat mit offenen Grenzen. Doch niemals konfrontierte sich das System mit den Massenverbrechen, die mit dem Ziel begangen wurden die Macht zu erobern und zu bewahren. Über die Opfer der sozialistischen Revolution in Jugoslawien wurde nicht gesprochen, wenn ja, dann nur in der Form, dass nicht näher quantifizierte einheimische Verräter und Quislinge nur ihre gerechte Strafe bekommen hätten. Über allem schwebte die Ideologie der „Brüderlichkeit und Einigkeit“ aller jugoslawischer Völker, welche den Sieg im Volksbefreiungskampf gemeinsam unter der Führung Titos errungen hätten. Wie radikal aber tatsächlich vorgegangen wurde bei der Machteroberung wird deutlich, wenn wir uns die Zahl der am Ende des Krieges und nach Kriegsende getöteten „Voksfeinde“ und „Verräter“ ansehen. Auf Grundlage der verfügbaren Quellen und der mittlerweile vorhandenen wissenschaftlichen Literatur (unter Berücksichtigung verschiedener methodischer Zugänge und Berechnungsmethoden), ist der gegenwärtige Kenntnisstand, dass die Zahl der Opfer in der unmittelbaren Nachkriegszeit - und diese Zahl enthält nicht (!) die Opfer durch Kriegshandlungen - "mindestens" 70.000 bis 80.000 Getötete beträgt, darunter "rund 50.000 bis 55.000" Kroaten.

Davor Zebec, dem Verfasser einer unlängst in München angenommenen Doktorarbeit zum Thema Massentötungen nach Kriegsende 1945 auf dem jugoslawischen Kriegsschauplatz, ist Recht zu geben wenn er feststellt: „Es ist zu erwarten, dass die Auseinandersetzung zu den Opferzahlen erst dann beendet werden können, wenn ein Großteil der Massengräber untersucht ist und es auch in Kroatien ein konsensfähiges Namensverzeichnis der kroatischen Opfer gibt.“ Die wesentlichen Ursachen und Gründe, warum die Massentötungen nach Kriegsende noch kontroverser diskutiert werden als die Kriegsgeschehnisse selbst, sind sicher in Folgendem zu suchen: 1) Die Komplexität des Kriegsgeschehens, 2) Die Nicht-Erforschung des Themas, 3) Die geschichtspolitischen Interessen und 4) Die unterschiedlichen Bewertungsperspektiven.

Über jeden dieser Punkte gäbe es natürlich viel zu sagen. Für unsere Diskussion heute und die Frage der Erinnerungskulturen will ich aber nur kurz darauf hinweisen, dass der gesamte Komplex jahrzehntelang in Jugoslawien als Tabuthema galt. Viele Aspekte dessen, was die Etablierung kommunistischer Staatlichkeit in Kroatien und anderswo in Jugoslawien 1945 wirklich bedeutete, beginnend mit den Verhaftungen und Liquidationen von sog. „Volks- und Klassenfeinden“, waren über Jahrzehnte kein Thema substanzialer Forschung. Die kollektive Erfahrung von Massengewalt wurde lange Zeit unter der Oberfläche gehalten, existierte jedoch immer in den Erinnerungen der Überlebenden und wurde über inoffizielle Kanäle an ihre Familienmitglieder und nächste Generationen weitergegeben, auch solange das Monopol der offiziellen Interpretation innerhalb des sozialistischen Staates bestand. Bis heute scheint in Kroatien kein Konsens über die Ereignisse 1945 in Sicht, nicht einmal über grundlegende historische Fakten. Was es aber leider im Übermaß gibt, sind konkurrierende Erzählungen und Opferperspektiven, wobei die jeweils eigene Seite oft immer nur als Opfer dargestellt und wahrgenommen wird. Die Diskussionen in Kroatien drehen sich im Kreis, und sie drehen sich oft um das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Schuld und Verantwortung. Wenn wir das ganze Erbe des 1990 abgelösten Systems in Kroatien verstehen wollen, können wir auch nicht von der Tatsache abssehen, dass während der Existenz dieses Systems (und auch danach) niemals versucht wurde Täter selbst für jene Fälle zur Verantwortung zu ziehen, die auch nach damaligen Maßstäben eindeutig Verbrechen waren. Auf der anderen Seite interpretierte eine revisionistische und nationalistische Geschichtsschreibung diese Verbrechen, deren Dimensionen noch um ein Vielfaches größer dargestellt werden, nur als Folge eines serbo-kommunistischen Hasses auf alles Kroatische, oder als Hass auf die Kirche, wenn es um Verbrechen gegen Geistliche geht. Bis heute gibt es jedenfalls keinen Konsens in Kroatien, welcher Platz in der Erinnerungskultur dem Schicksal jener zehntausenden von Menschen zukommt, die im und nach dem Krieg als „Volksfeinde“ bezeichnet und umgebracht wurden, mit oder ohne Prozeß.

Bedauerlich ist es, dass es nach wie vor viel zu wenig vergleichende europäische Studien gibt zu der schrecklichen Hinterlassenschaft des 20. Jahrhunderts, des „Jahrhunderts der Extreme“, wie es der britische Historiker Eric Hobsbawm genannt hat, und dass diejenigen Forschungen, die es gibt, zu wenig rezipiert werden. Vergleichende und transnationale methodische Ansätze, die es ermöglichen, die Grenzen nationaler Geschichtsschreibungen zu überschreiten, könnten m.E. helfen die Entwicklungen in den ehemaligen kommunistischen Ländern im allgemeinen sowie auch diejenigen im kroatischen Fall besser zu verstehen. Die unterschiedlichen traumatischen historischen Erinnerungen, die jeweils in bestimmten Teilen der

Gesellschaft Resonanz finden, können natürlich nicht miteinander versöhnt werden. Müssen sie auch gar nicht. Aber wäre nicht schon etwas gewonnen, wenn der Konstruktionscharakter dieser historischen Narrative offengelegt und als solcher erkannt würde?

Überzeugt bin ich, dass eine Auseinandersetzung und Aufarbeitung des „schwierigen historischen Erbes“ nur gelingen kann, wenn versucht wird, kontroverse Ereignisse und Interpretationen zu kontextualisieren.

Tatsache ist, dass sich sehr unterschiedliche Formen des historischen Gedächtnisses in Kroatien herausgebildet haben. Häufig sind diese von individuellen biografischen und familiären Erfahrungen beeinflusst. Auch die Versuche der Umwertung jener Version der Geschichte, die bis 1990 die "offizielle" "Wahrheit" war, hat keine einheitliche Erinnerungskultur in Kroatien geschaffen. Ein offener Dialog scheint mir der einzige richtige Weg zu sein, um mit den heutigen Spaltungen umzugehen. Nur solch ein Dialog kann die notwendigen Voraussetzungen schaffen für einen offenen Austausch von Argumenten und Ansichten zu kontroversen Fragen der kroatischen Zeitgeschichte. Dabei können, wie gesagt, die Konflikte und Spannungen in der kroatischen Gesellschaft zu verschiedenen Zeiten nicht ohne jeweilige Kontextualisierung verstanden werden. Der Versuch, die unterschiedlichen Interpretationen der Vergangenheit zu verstehen, kann nur gelingen, wenn diese im Zusammenhang mit den politischen, sozialen, kulturellen, religiösen Konflikten gesehen werden, welche die europäische und die Weltgeschichte im 20. Jahrhundert geprägt haben.

Abschließend bleibt festzustellen, dass ein traumatisches historisches Erbe und sich gegenseitig widersprechende Erinnerungskulturen in den letzten Jahrzehnten in Kroatien zu einem höchst widersprüchlichen Verständnis der kroatischen Zeitgeschichte innerhalb der kroatischen Gesellschaft geführt haben.

Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland

Helmut König

Mein Beitrag besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil präsentiere ich einen knappen Überblick über die Geschichte der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland von der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart. Im zweiten Teil ziehe ich daraus einige allgemeine Schlussfolgerungen, und im dritten Teil stelle ich die Frage nach dem Umgang mit schwierigen und belastenden Vergangenheiten in einen größeren historischen und systematischen Kontext hinein.²

Kurze Geschichte der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland

Es bietet sich an, vier Phasen in der Geschichte der Aufarbeitung voneinander zu unterscheiden.

1. Die unmittelbare Nachkriegszeit: Neuanfang

Die erste Phase ist die unmittelbare Nachkriegszeit noch vor der Gründung der Bundesrepublik bzw. der DDR. Diese Phase ist durch einige auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Ereignisse geprägt, die aber alle zu unserem Thema dazugehören.

-
- 2 Ich verzichte in meinem Beitrag auf Einzelbelege und verweise auf zwei Bücher, in denen ich mich ausführlich mit dem Thema auseinandergesetzt habe: Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2003; Politik und Gedächtnis, Weilerswist 2008. - Siehe ferner die folgenden Aufsätze, in denen ich systematische und prinzipielle Probleme im Zusammenhang mit der Frage nach der Aufarbeitung behandle: Erinnern und Vergessen. Vom Nutzen und Nachteil für die Politik, in: Osteuropa 6/2008; Europas Gedächtnis. Sondierungen in einem unübersichtlichen Gelände, in: Helmut König/Julia Schmidt/Manfred Sicking (Hg), Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationaler Erinnerung und gemeinsamer Identität, Bielefeld 2008; Geschichtsschreibung und Gedächtnis. Konflikte, Zumutungen und Interventionen, in: Osteuropa 1/2010; Aufarbeitung oder Integration. Zum Umgang mit den Erbschaften von Diktaturen, in: Merkur 4/2010; Paradoxien der Erinnerung. Über Wissen und Vergessen, in: Osteuropa 4/2011; Politik und Gedächtnis. Hundert Jahre Erster Weltkrieg, in: Osteuropa 11-12/2014.

Zum ersten kam es zu den Nürnberger Prozessen. Das sind die berühmten Gerichtsverfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher und die sog. Nachfolgeprozesse gegen das leitende Personal verschiedener Organisationen aus Militär, Administration und Wirtschaft des Nationalsozialismus, z.B. der sog. Einsatzgruppenprozess gegen 22 hochrangige SS-Führer oder der Prozess gegen eine Reihe von Medizinern, die an den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes beteiligt waren.

Zum zweiten fand in dieser Zeit die sog. Entnazifizierung statt. Mithilfe einer großen Fragebogenaktion wurden die Deutschen in fünf Kategorien eingeteilt: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete.

Zum dritten ist die politische Ebene im engeren Sinn wichtig. Hier ging es um die Neustrukturierung des politischen Systems, d.h. darum dass institutionelle Konsequenzen aus der Barbarei des Nationalsozialismus gezogen und die entsprechenden Regelungen in einer neuen Verfassung verankert wurden. In der Bundesrepublik kam es zu wichtigen institutionellen Neuerungen: Zum Beispiel die 5%-Klausel bei Wahlen, die Beseitigung der Präsidialkompetenzen des Präsidenten der Weimarer Republik oder die Einrichtung des konstruktiven Misstrauensvotums. Generell ging es um den Versuch, Sicherungen dagegen einzubauen, dass demokratische Prozeduren zu Instrumenten antidemokratischer Bewegungen werden.

Als viertes kam in dieser ersten Phase der Aufarbeitung die öffentliche Erörterung und Debatte über die gerade überwundene Gewaltherrschaft hinzu, also eine öffentliche Selbstverständigung. Das ist die sog. Schulddebatte, in der Nationalsozialismus, Krieg und Verbrechen in Deutschland zum Thema erster zaghafter und sehr moralisch gefärbter Erörterungen wurden.

Wir haben es schon hier direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit vier Ebenen zu tun, die bei der Frage der Aufarbeitung belastender Vergangenheiten immer eine große Rolle spielen: Erstens geht es um die strafrechtliche Ahndung von Verbrechen: Straftäter werden angeklagt und vor Gericht gestellt und, soweit die Gesetze es hergeben und der Wille dazu vorhanden ist, verurteilt. Zweitens geht es um die Entfernung belasteter Personen aus bestimmten öffentlichen und beruflichen Positionen. Das war das Ziel, das mit der Entnazifizierung verfolgt wurde. Drittens geht es auf der unmittelbar politischen Ebene um den Versuch, die Institutionenordnung so einzurichten, dass eine möglichst stabile und dauerhafte Ordnung der Freiheit und des Rechts zustande kommt. Und viertens schließlich geht es um diskursive Selbstverständigung, also darum, sich in freier Erörterung und Diskussion über die Bedeutung und Beurteilung der

unmittelbar zurückliegenden Geschichte voller Grausamkeiten und Verbrechen so weit es geht Klarheit zu verschaffen.

Zu beachten ist im deutschen Fall, dass in dieser Zeit unmittelbar nach Kriegsende die Durchführung der Gerichtsverfahren und die Prozeduren der Entnazifizierung im Wesentlichen in der Hand der alliierten Sieger lagen, - was dann viele Deutsche damals so wahrgenommen haben, dass das von Seiten der Alliierten eigentlich nur die Weiterführung des Krieges mit anderen Mitteln gewesen ist, also eine Art von „Siegerjustiz“. Die dritte Ebene, die Errichtung der Institutionenordnung, lag dagegen weitgehend in deutschen Händen, in den Händen der Mütter und Väter des Grundgesetzes. Und die Stimmen, die sich auf der vierten Ebene, in der öffentlichen Diskussion, in der „Schulddebatte“ zu Wort meldeten, kamen ebenfalls vor allem aus dem deutschen Spektrum. Hier äußerten deutsche Publizisten ihre Meinung und bezogen Position, darunter viele Verfolgte und Überlebende, die dem Terror mit knapper Not entkommen waren, viele Emigranten, die zum Teil zurückkehrten nach Deutschland, in vielen Fällen es aber vorzogen, im Ausland zu bleiben.

2. Die 1950er Jahre: Doppelstrategie

Diese Phase ist in vielem das direkte Gegenteil der ersten Phase. Für diese zweite Phase – ich beziehe mich jetzt auf die Bundesrepublik, nicht auf die DDR – war die Integration der Täter, der Belasteten, der Mitläufer und Nutznießer in die gesellschaftliche und politische Ordnung der neuen Bundesrepublik charakteristisch. Strafprozesse gegen NS-Täter und NS-Verbrecher kamen so gut wie ganz zum Erliegen. Die noch einsitzenden, von den Besatzungsmächten verurteilten NS-Verbrecher wurden auf erheblichen deutschen Druck hin in einer Art „Gnadenfieber“ (Robert W. Kempner) nach und nach bis Ende der 1950er Jahre freigelassen. Auch die Debatte im öffentlichen Raum, in der Presse, in den Zeitschriften, in den Universitäten usw. kamen so gut wie völlig zum Erliegen, - es interessierte sich kein Mensch mehr dafür, und wenn einzelne Publizisten und Wissenschaftler sich zu Wort meldeten, was auch in dieser Zeit immer wieder vorkam, blieben sie ohne Resonanz und schlimmer noch: sie wurden als Außenseiter und Nestbeschmutzer diffamiert und an den Rand gedrängt.

Zugleich gilt aber, das darf man nicht vergessen, dass im offiziellen Selbstbild und im Selbstverständnis der Bundesrepublik ein klarer und vollständiger Bruch mit Ideologie und Praxis des NS-Regimes vollzogen wurde.

Typisch für diese Phase ist also eine „Doppelstrategie“: Täter und Parteigänger der NS-Herrschaft wurden auf dem Wege von Amnestie und Amnesie, von Vergessen und Vergeben, in die neue Demokratie integriert, aber zugleich zog die junge Demokratie der Bundesrepublik in ihrer Politik und in ihrem Selbstbild gegenüber dem Nationalsozialismus einen klaren Trennungsstrich. Und es gab, vor allem bei den Jüngeren, im Unterschied zu der Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, keine Neigung zur Wiederbelebung militärischer und heroischer Dispositionen und Geisteshaltungen. Der soldatische Mann als Typus und Vorbild hatte ausgedient.

3. Lange Welle zwischen 1960 und 1990: Erinnerungskultur

In dieser Phase wurde der negative Bezug auf die NS-Vergangenheit und insbesondere auf den Holocaust zum zentralen Deutungsmuster der politischen Kultur in der Bundesrepublik. Von den politischen Eckdaten her betrachtet, bietet diese Phase ein durchaus heterogenes Bild. Bei aller politischen Uneinheitlichkeit und bei allem Spannungsreichtum erscheint die Zeit zwischen 1960 und 1990 aber im Blick auf das Verhältnis zur NS-Vergangenheit doch als eine große Einheit. Vor allem wurde die Frage nach dem persönlichen Verhalten in der Zeit der NS-Herrschaft zum wichtigsten Element im Konflikt zwischen den Generationen, der oft sehr scharfe Formen annahm. Nach und nach wurde der negative Bezug auf die NS-Vergangenheit und den Holocaust das Thema, das konkurrenzlos das Feld der politischen Kultur in der Bundesrepublik beherrschte. Die Verwandlung der ehemaligen „Volksgenossen“ in die Staatsbürgerschaft der demokratisch verfassten Bundesrepublik wurde nun nicht mehr im Medium des „kommunikativen Beschweigens“ (Hermann Lübbe) gesehen, sondern im Medium des kritischen Redens.

Auch die Literatur nahm sich des Themas an und erzielte damit eine große Resonanz: Peter Weiss' Theaterstück „Die Ermittlung“ (über den Frankfurter Auschwitz-Prozess) wurde am 19. Oktober 1965 in 15 Theatern der Bundesrepublik und der DDR gleichzeitig uraufgeführt; Rolf Hochhuths „Der Stellvertreter“ über die Rolle des Papstes wurde im Februar 1963 uraufgeführt und löste heftige Diskussionen über die Rolle der katholischen Kirche im Nationalsozialismus aus. 1986/87 kam es zum sog. Historikerstreit, der im Grunde eine Debatte über die Frage nach dem Nutzen und Nachteil einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und eines reflexiven Umgangs mit der eigenen Geschichte war.

Im Bereich der Strafverfolgung begannen in dieser Phase, nunmehr in deutscher Verantwortung, neue Prozesse gegen NS-Verbrecher. Zu erwähnen sind vor allem der

Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965) und der Majdanek-Prozess in Düsseldorf (1975-1981). Die Ergreifung Eichmanns (1960) und der Prozess gegen Eichmann in Jerusalem (1961) wurden in der Bundesrepublik aufmerksam verfolgt.

Mit der berühmten Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag wurde das Aufrücken der Erinnerung an die NS-Vergangenheit ins Zentrum der politischen Kultur gleichsam mit den höchsten institutionellen Weihen versehen, und zwar aus dem Munde eines Mannes, der der CDU angehörte, - einer christlich und konservativ geprägten Partei, die sich bis dahin mit dem Aufarbeitungsthema eher schwer getan hatte.

4. Nach 1990: Doppelte Vergangenheit

Mit dem Ende der sozialistischen Systeme in Osteuropa und der Herstellung der deutschen Einheit beginnt die vierte Phase in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Für diese Phase ist der Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme und damit das Hinzutreten einer zweiten diktatorischen Vergangenheit, mit der sich das wiedervereinigte Deutschland auseinandersetzen muss, nicht die einzige, aber doch die zentrale Ursache. In direkter Folge der Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa rückte auf der politischen Agenda die Frage ganz nach vorn, wie die neuen Demokratien mit ihren jeweiligen kommunistischen Vergangenheiten umgehen sollten. Das war wegen seiner Aktualität und Dringlichkeit nicht nur eine Frage der politischen Kultur und der historischen Aufklärung, sondern eine unmittelbar politische Frage, die zu konkreten Entscheidungen zwang: Sollten die Akten und Archive geöffnet, Dequalifizierungen vorgenommen, Strafprozesse durchgeführt werden, oder wäre es besser, die mittlerweile sprichwörtlich gewordene Politik des „dicken Schlussstrichs“ unter die Vergangenheit zu praktizieren, wie sie der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki im September 1989 proklamierte?

Der negative Bezug auf die NS-Vergangenheit war im Vergleich dazu eine weniger dringliche Angelegenheit und wurde mehr und mehr zu einer Frage der Erinnerungskultur im engeren Sinne, zu einer Sache der politischen Kultur, des kulturellen, historischen und politischen Wissens und der in diesem Bereich stattfindenden Debatten über das eigene Selbstbild und Selbstverständnis. Es kam aber hinzu, dass durch das Aussterben der Erlebnisgeneration die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nun nicht mehr in der Form eines Generationenkonflikts ausgetragen werden konnte. Für die jüngere Generation der seit 1970 Geborenen löste sich die Frage nach dem Nationalsozialismus vollständig von der Frage nach der persönlichen Schuld der El-

terngeneration ab. Das Problem der persönlichen Verantwortung unter der Diktatur wurde jetzt immer weniger ein Problem, das sich mit einem anklagenden Vorwurf an die eigenen Eltern und deren Generation verbinden ließ. Allgemeiner gesagt wird der Nationalsozialismus mit der zunehmenden zeitlichen Distanz aus einem Phänomen der Zeitgeschichte zu einem Gegenstand der Geschichte.

Weitgehend befreit von dramatischen Zusitzungen im Konflikt zwischen den Generationen nehmen Fragen der Erinnerungskultur aber auch nach 1990 einen breiten Raum ein, und für den umfassenden Bereich der politisch-kulturellen Selbstverständigung hat die NS-Vergangenheit im neuen wiedervereinigten Deutschland nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Im Spektrum der demokratischen Parteien ist das auch gar nicht mehr strittig, es ist also nicht mehr so, dass das Thema der NS-Vergangenheit von Außenseitern gegen die entscheidenden Kräfte der Politik und des Staates durchgesetzt und auf die Agenda gesetzt werden müsste. Sichtbar wurde das vor allem daran, dass sich die deutsche Bundesregierung und der Deutsche Bundestag gemeinsam seit Ende der 1990er Jahre neben den Bundesländern an der Förderung und Finanzierung vieler Gedenkstätten und auch am Aus- und Umbau vieler KZ-Gedenkstätten beteiligen. Und nach mehr als 15 Jahren intensiver gesellschaftlicher und politischer Debatten wurde im Jahre 2005 das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ (Holocaust-Mahnmal) in der historischen Mitte Berlins eingeweiht. Berlin ist heute nicht nur die Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland, sondern zugleich die Stadt, die sich und ihren Besuchern die mörderische und grauenhafte eigene Vergangenheit auf Schritt und Tritt und unübersehbar vor Augen hält.

Aber auch auf anderen Ebenen wurde und wird die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit fortgesetzt. Viele Ministerien, Unternehmen, Universitäten, Organisationen und Vereinigungen beauftragen unabhängige Historiker und Historikerkommissionen damit, das eigene Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus unter die Lupe zu nehmen, und sie öffnen dafür ihre Archive. Das führt immer mal wieder auch noch zu der einen oder anderen emotional getönten Verwerfung, zu Meinungsstreit und Debatten. Aber im Vergleich zu den erregt ausgetragenen Konflikten früherer Jahre sind die Auseinandersetzungen wesentlich moderater und ruhiger geworden.

Vereinzelt kommt es sogar auch noch zu Strafprozessen wegen NS-Verbrechen. Sie sind vor allem deswegen von Bedeutung, weil in ihnen wichtige Korrekturen früheren Versagens der Strafjustiz vorgenommen wurden. Besonders wichtig war das Verfahren gegen John Demjanjuk, der 2011 in einem noch einmal große Aufmerksamkeit erregenden Prozess in München wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 28 060

Juden im Todeslager Sobibór zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Am Ende des Prozesses war der Angeklagte 91 Jahre alt. Es war das erste Mal in der Geschichte der Strafverfahren gegen NS-Verbrecher, dass ein Gehilfe einer Todesfabrik verurteilt wurde und dafür nicht, wie das früher vor deutschen Gerichten der Fall war, eine Mordtat im konventionellen Sinn nachgewiesen werden musste. Das Münchener Gericht folgte dem Grundsatz, dass auch ein untergeordneter Gehilfe eines Lagers, dessen Funktion in der Ermordung seiner Insassen besteht, unweigerlich als Mordgehilfe wirkt und deswegen schuldig ist und verurteilt werden kann, auch wenn man ihm nicht nachzuweisen vermag, dass er im konventionellen Sinn mit seinen eigenen Händen einen Mord begangen hat. Die allgemeine Lehre daraus ist, dass auch kleine Rädchen für das Funktionieren einer Vernichtungsmaschine wichtig sind und vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.

Allgemeine Schlussfolgerungen und Lehren

Sehr zugespitzt und pointiert lassen sich drei allgemeine Schlussfolgerungen und Lehren aus der Geschichte der Aufarbeitung ziehen.

1. Der kritische und selbstreflexive Umgang mit belasteter und belastender Vergangenheit führt nicht zur Lähmung, wie das von vielen Bedenenträgern immer wieder befürchtet worden ist, sondern bewirkt im Gegenteil einen Zugewinn an moralischer Souveränität und politischer Handlungsfähigkeit.
2. Die Beschäftigung mit belastenden Vergangenheiten ist immer eine Konflikt- und Streitgeschichte. Heute wird oft so getan, als wenn der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland gleichsam von Anfang an das Aufarbeitungs- und Erinnerungsgebot eingeschrieben gewesen wäre. Das ist eine grobe Verzerrung. Die Aufarbeitung der Vergangenheit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eine Geschichte voller Konflikte, in denen erbittert gekämpft wurde und in denen Vorwürfe, Unterstellungen, Missverständnisse, Drohungen und Schmähungen immer wieder an der Tagesordnung waren.
3. Dass der Streit so heftig und so emotional war und gelegentlich immer noch ist, liegt daran, dass bei diesem Thema grundsätzliche und tief gehende Fragen verhandelt werden, Fragen, die die Identität und das Selbstverständnis des Einzelnen wie der Gesellschaft betreffen: Was haben wir getan? Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Wer sind wir? Wie wollen wir leben?

Erinnern oder Vergessen

Es ist vielleicht hilfreich, die Aufgabe und das Ziel, um das es beim Thema des Umgangs mit belastenden Vergangenheiten geht, noch kurz in einen sehr weiten historischen und systematischen Kontext zu stellen. Dann kann man sagen: Die Aufgabe besteht darin, nach einer politischen und moralischen Katastrophe einen neuen Anfang zu machen. Und das Ziel besteht darin, die alten Feindschaften zu überwinden, zum Heilen der Wunden beizutragen, Konflikte ohne Gewaltanwendung auszutragen, - und sehr allgemein gesagt: eine dauerhafte neue politische Ordnung zu begründen.

Wenn man das Problem so formuliert, wird sichtbar, dass das ein uraltes Problem ist, mit einer sehr langen Tradition und mit vielfältigen Antworten und Erfahrungen in der Politik- und Kulturgeschichte, von der griechischen und römischen Antike an bis heute. Über Jahrhunderte hinweg war in dieser Geschichte die vorherrschende Antwort: Vergessen und Vergeben ist besser als Erinnern und Bestrafen. In der Geschichte der Politik wird das zum ersten Mal mit dem Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg anders gemacht. Da wird nicht vergessen und vergeben, sondern da wird ein Schuldiger benannt am Krieg und da wird festgelegt, dass es zu Gerichtsverfahren kommen soll.

Das ist ein weit reichender und tiefer Einschnitt, mit dem die Weimarer Republik in Deutschland hoffnungslos überfordert war. Das Verfahren wegen Kriegsverbrechen, das nach dem Ende des Ersten Weltkriegs vor einem Leipziger Gericht tatsächlich stattfand, geriet zur Farce, und die gesamte Weimarer Epoche wurde dominiert von der Polemik und dem Anlaufen gegen den immer wieder so genannten Versailler „Schandvertrag“ und vor allem gegen den Artikel 231, den allgemein so bezeichneten „Kriegsschuldartikel“. Erst im zweiten Anlauf, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, hat sich dann dieses Modell des Umgangs mit schwieriger Geschichte als ein plausibles und Erfolg versprechendes Verfahren durchsetzen können.

Es bleibt aber dabei, dass das immer wieder und bis heute und in allen denkbaren Kontexten und Regionen eine wirklich tiefgreifende Konfliktgeschichte ist. Gegenwärtig kann man sehen, wie die populistischen Bewegungen nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland dabei sind, die kritische Auseinandersetzung und Beschäftigung mit der kriminellen Vergangenheit des Nationalsozialismus zu torpedieren. Die Protagonisten eines neuen Nationalismus stecken voller Sehnsucht nach einem bereinigten Geschichtsbild. Kritische und selbstreflexive Bezüge auf die eigene Geschichte sind ihnen stets ein Dorn im Auge.

“Um der Menschenrechte willen ...”

Aufarbeitung der Vergangenheit

Roland Jahn

Ich bedanke mich für die Einladung. Diese Veranstaltung ist eine gute Gelegenheit, dass Menschen aus verschiedenen Ländern, mit unterschiedlichen Erfahrungen, sich darüber austauschen, wie sie mit ihrer Vergangenheit umgehen.

Mir ist wichtig, dass es dabei einen Orientierungspunkt gibt. Was ich immer wieder feststelle ist, dass in der Verbindung zwischen Kroatien und Deutschland, aber auch zwischen anderen Staaten auf der Welt und Deutschland - in den Verbindungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, es sich immer wieder um eines dreht – nämlich: Wie gehen Menschen in einer Gesellschaft miteinander um, wie gehen wir miteinander um, wenn es sich um Fragen der Einhaltung der Menschenrechte geht.

Wie werden die Menschenrechte eingehalten?

Sie sind der Maßstab, an dem wir uns orientieren für das Zusammenleben. Es ist ein Maßstab, der auch eine Orientierung geben kann, dabei helfen kann, warum wir uns eigentlich mit Vergangenheit beschäftigen – an verschiedenen Orten uns darüber austauschen. Gerade dieser Austausch, mit den verschiedenen Blickwinkeln, kann ein Anstoß sein – selbst zu reflektieren, über das, was man tut, wie man sich mit Vergangenheit beschäftigt. Ob man sich erinnert, ob man sich erinnern will – oder auch nicht.

Ich fand es sehr spannend, das Eingangsstatement von Herrn Roick zu hören, der nochmal sehr grundsätzliche Fragen aufgeworfen hat – die sehr bedeutsam sind, die auch immer wieder gestellt werden müssen.

Ist der Weg, den wir gehen, also die Betonung der steten Erinnerung, einer der in jeder Hinsicht angemessen ist? Ich sage ganz klar und deutlich: Zur Freiheit – zum Menschenrecht, frei zu leben - gehört auch das Recht auf Vergessen. Provokativ gesagt: Jeder hat das Recht, zu vergessen. Gerade die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, Menschen die Unrecht erlitten haben, erleben es bisweilen als schwierigen Zwang, immer mit dem Leid der Vergangenheit konfrontiert zu werden. Damit sind sie gefangen in Gegenwart und Zukunft.

Auch bei der zuvor zitierten „einseitigen Gewalt“ darf es durchaus ein Recht auf Vergessen geben. Aber als Gesellschaft müssen wir zumindest Erinnerung möglich machen. Die Menschen sollten die Chance haben sich zu erinnern. Es gibt viele Gründe, dass diese Chance da ist, weil es ja auch darum geht, dass Konflikte der Vergangenheit sich nicht in der Gegenwart verstetigen, dass sie nicht immer wieder aufbrechen.

Selbst wenn man vergessen will, ist es oft so, dass die Geschichte einen einholt. Geschichte ist mit den Menschen verwoben. Man kann sie nicht einfach abschütteln. Die Aufarbeitung trägt dazu bei, die Konflikte der Vergangenheit zu bewältigen.

Wichtig ist es auch, im Blick zu haben, dass es unterschiedliche Gesichtspunkte der Aufarbeitung gibt:

Sie überwindet Konflikte, aber wir brauchen auch – um den Opfern gerecht zu werden – die Aufklärung über Ursachen und Folgen von Unrecht.

Dazu brauchen wir die Wissenschaft. Wissenschaft ist aber keine Aufarbeitung. Wissenschaft hat andere Kriterien, nach denen sie sich mit der Vergangenheit beschäftigt. Aber gleichzeitig ist Wissenschaft die Grundlage für Aufarbeitung, sie schafft eine faktische Basis.

Und wir brauchen natürlich die Bildung. Gerade die politisch-historische Bildung ist etwas, was die Menschen in der Gegenwart zur Teilhabe an der Gesellschaft befähigt. Dabei gilt es, Teilhabe so zu gestalten, dass man sich auch als einzelner Mensch, als Individuum einbringen kann, mit dem Bewusstsein, die Gesellschaft mitbestimmen zu können. Und auch da geht es wieder um das Bewusstsein von demokratischen Werten, von Freiheit und Menschenrechten.

Da sehe ich eine wichtige Verbindung, so dass wir immer die Einheit sehen müssen zwischen Aufarbeitung, Wissenschaft und Bildung.

Am Ende sind es immer konkrete Fragen, um die es geht, warum man sich erinnert. Ein Aspekt, den ich hervorheben möchte, ist Erinnerung als Kraftquelle.

Ich persönlich, Sie haben eingangs meine Biographie geschildert, beziehe ich aus dem, was ich negativ erlebt habe, aus dem, was ich an Unrecht erfahren habe.

Ich beziehe daraus Kraft.

Ich weiß zum Beispiel durch die Erinnerung daran, dass ich einsam in der Zelle des Gefängnisses saß und am Boden zerstört war, dass man es schaffen kann, so eine existentielle Krise zu überwinden.

Dass man da wieder rauskommt. Und diese Erfahrung, dass man auch, wenn man ganz am Boden liegt, für die Zukunft eine positive Perspektive finden kann, ist eine Hoffnungsquelle. Das ist etwas, das mir in meinem Leben hilft.

Aber das sollte nicht nur bezogen sein auf das Individuum. Als der exilierte türkische Journalist Can Dündar vor einer Weile bei uns im Stasi-Unterlagen-Archiv war und durch die ehemalige Stasi-Zentrale, die Zentrale der Geheimpolizei der DDR gegangen ist, sagte er: „Das macht uns Hoffnung für die Türkei“. Und genau das ist die Botschaft!

Wir gehen jetzt durch die Orte, die früher Orte der Repressionen waren.

Die Orte der Menschenrechtsverletzungen waren und nutzen sie heute als Gedenkstätten, als Orte der Aufklärung über Diktatur und Widerstand.

In dieser Hinsicht ist zu sagen, dass diese Erinnerungen, dass es einmal anders war, dass Menschenrechte verletzt wurden, aber dass wir jetzt in einer demokratischen Gesellschaft leben, dass dies auch eine Botschaft mit Wirkung in die Gesellschaft hinein ist.

Ich denke, das ist ganz wichtig, wenn wir die Dinge betrachten, und dies auch im Hinblick auf die nächsten Generationen tun: Erinnerung kann auch eine positive Wirkung haben.

Es gibt Fälle, in denen die Abstempelung eines Menschen als „Krimineller“, als jemand, der in der Gesellschaft keinen guten Platz hatte, weil er im Gefängnis saß, negative Wirkung zeigt. Das ist etwas, was die ganze Familie beschädigen kann.

Ich erinnere mich an einen Fall in der DDR, in einer kleinen Ortschaft. Da galt im Dorfgespräch der Opa, der Vater und sozusagen die ganze Familie als kriminell, weil einer aus der Familie im Gefängnis saß. Doch der Inhaftierte war ein politischer Häftling.

Die Möglichkeit sich zu erinnern, auch mit Hilfe von Akten, die Bilder neu zu zeichnen, das bisherige Bild zu verändern, ist, denke ich, enorm wichtig, um über diese Vergangenheit auch ein Stück Kontrolle zu erlangen und ihr nicht einfach ausgeliefert zu sein.

Und deswegen ist das Stasi-Unterlagen-Archiv so wichtig. Es kann den Menschen helfen, bis in die nächsten Generationen hinein, die Geschichte neu zu betrachten. Die Chance zu erhalten, immer wieder neue Wahrheiten zu finden, sich auch immer wieder in neue Blickwinkel hineinzudenken.

Es ermöglicht, dass Menschen Rehabilitierung erfahren, Wiedergutmachung erfahren, auch in den nachfolgenden Generationen. Das ist ein ganz zentraler Aspekt, wenn wir uns mit den Akten der Vergangenheit beschäftigen, die Dokumente des geschehenen Unrechts sind, aber auch des Widerstandes.

Ich erinnere mich an einen Satz, den eine Frau gesagt hat, die kleinteiligste Spitzel in der DDR erlebt hatte:

“...das glaubt uns doch keiner”. Schon allein in der Hinsicht war es wichtig, dass diese Akten geöffnet wurden. Ich will deswegen auch noch mal auf den besonderen Wert dieser Akten eingehen. Das ist ja nicht irgendein Archiv - es ist ein ganz besonderes Archiv. Ein Archiv, das in einer Revolution erobert wurde. Es ist ein besonderes Archiv, auch weil es die Dokumente einer Geheimpolizei eines diktatorischen Staates enthält.

Die Informationen, die in den Unterlagen gespeichert sind, wurden meist menschenrechtswidrig gesammelt. Sie waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, das darf man nicht vergessen. Sie sind die Arbeitsinstrumente der Geheimpolizei einer Diktatur.

In Reaktion auf den Beginn der Friedlichen Revolution damals vor über 30 Jahren, begannen im Herbst 1989 die Mitarbeiter der Geheimpolizei im großen Umfang diese Akten zu vernichten. Und als Tausende Menschen im Herbst 89 auf die Straßen gingen, marschierten sie nicht nur protestierend an den SED-Parteizentralen vorbei, sondern sie gingen auch zu den Dienststellen der Stasi.

Wenig später dann sicherten sie die Akten, indem sie diese Dienststellen der Stasi besetzten - in der ganzen DDR. Die Aktenvernichtung wurde gestoppt - mit dem Ruf „Jedem seine Akte“! Das war in den Sprechchören der Demonstranten zu hören und

auf den Transparenten in der Friedlichen Revolution zu lesen. Und so konnten dann damals diese Akten gesichert werden.

Der Zugang aber war damit noch nicht geklärt. Auch nach der Schaffung demokratischer Strukturen in der DDR, auf dem Weg zur Wiedervereinigung in Deutschland war die Aktenöffnung umstritten. Man hatte Angst, dass die geöffneten Akten Streit zwischen den Menschen provozieren, dass es gewaltsame Auseinandersetzungen gibt. Aber am Ende haben DDR-Bürgerrechtler durchgesetzt, dass diese Akten geöffnet worden sind. Es ist ein historisches Ereignis gewesen: Erstmals in der Welt wurden die Akten einer Geheimpolizei transparent gemacht. Damit wurden die Akten, wenn man so will, demokratisiert und dieses Stasi-Unterlagen-Archiv wurde zum Bürgerarchiv. Das ist seine Bedeutung.

Auf den ersten Blick ist es ein großer Haufen Papier - mit seinen 111 Kilometer Akten, dazu über 2 Millionen Fotos, 30.000 Ton-, Film-, und Videodokumente, ist es ein einmaliges Archiv.

Diese Akten sind Dokumentationen der Arbeit einer Geheimpolizei, in der die systematische Unterdrückung von Menschenrechten nachzulesen ist. Und darüber hinaus sind es Dokumente des Freiheitswillens der Menschen und auch des Widerspruchs und des Widerstandes.

Um den Zugang zu den Akten zu ermöglichen, wurde ein Gesetz geschaffen, das Ende 1991 vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden ist. Es regelt den rechtsstaatlichen Zugang zu den Stasi-Unterlagen und auch den Umgang mit dieser besonderen Hinterlassenschaft.

Es war wichtig, rechtsstaatliche Regeln zu entwickeln, damit die Aufarbeitung in einer Art und Weise geschieht, die sie auch zu einem Gewinn für die Menschen macht. Diese Akten sollten der Aufarbeitung einer Diktatur und des Unrechts dienen und zwar sofort, solange die Opfer noch leben. Damit sie eine Chance erhalten, Kontrolle über ihre gestohlenen Biographien zurück zu erlangen.

Und sie sollten dazu dienen, die Verantwortlichen der SED-Diktatur und im Apparat einer Geheimpolizei zu benennen, und sie nicht einfach unerkannt in die neue Gesellschaft untertauchen zu lassen.

Dabei war allen Beteiligten klar, dass gerade die Unterlagen der Geheimpolizei eine besondere Herausforderung darstellen. Deswegen ist das Stasi-Unterlagen-Gesetz auch so geschaffen worden, dass es die Grundsätze des Grundgesetzes bewahrt hat.

Es galt Transparenz des staatlichen Handelns herzustellen und gleichzeitig auch die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, über die in den Akten Informationen gesammelt wurden. Es sollte natürlich auch der Zugang für Forschung und Medien ermöglicht werden, damit Aufklärung über das geschieht, was die Diktatur ausgemacht hat.

Wir haben in Deutschland, das darf man getrost sagen, gute Voraussetzungen, um Aufklärung und Aufarbeitung zu betreiben, Wissenschaft und Bildung zu unterstützen, individuelle Aufarbeitung zu gewährleisten. Um dies mit Hilfe der Stasi-Unterlagen auch weiter tun zu können, dazu hat der Deutsche Bundestag die Voraussetzung geschaffen. In dieser Woche wurde im Bundestag ein Gesetz beschlossen, das die Zukunft des Stasi-Unterlagen-Archivs auch gesetzlich absichert für die nächsten Generationen.

Autoren

Michael Roick

Projektleiter Westbalkan, Belgrad
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.
<https://www.erinnerungskulturen.eu/team/michael-roick>



Manfred Richter

Mitglied des Vorstandes
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Oberbürgermeister a. D., MdB a. D. und MdBB a. D.
<https://www.erinnerungskulturen.eu/team/manfred-richter>



Dr. Robert Klinke

Seit September 2018 Botschafter der
Bundesrepublik Deutschland in der Republik Kroatien.
<https://www.erinnerungskulturen.eu/team/dr.-robert-klinke>



Marijana Puljak

Abgeordnete des kroatischen Parlaments ehemalige
Vorsitzende der liberalen Partei Pametno (Klug). Seit No-
vember 2020 Vorsitzende der Partei Centar.
<https://www.erinnerungskulturen.eu/team/marijana-puljak>



Dr. Ljiljana Radonić

Politikwissenschaftlerin am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.

<https://www.erinnerungskulturen.eu/team/dr.-ljiljana-radoni%C4%87>



Prof. Dr. Aleksandar Jakir

Professor für Zeitgeschichte an der Abteilung für Geschichte der Philosophischen Fakultät der Universität Split.

<https://www.erinnerungskulturen.eu/team/prof.-dr.-aleksandar-jakir?lang=hr>



Prof. Dr. Helmut König

Politikwissenschaftler, Berlin. Bis 2017 Professor für Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen.

<https://www.erinnerungskulturen.eu/team/prof.-dr.-helmut-k%C3%B6nig>



Roland Jahn

Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen 2011-2021, Berlin.

<https://www.erinnerungskulturen.eu/team/roland-jahn>

